

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

28. Dezember 1950

Blatt 2363

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

28. Dezember (Rath.Korr.) Stadtrat Afritsch (SPÖ) referiert über die Geschäftsgruppe X, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Er verweist zunächst darauf, daß diese Geschäftsgruppe nach Kriegsende eine Reihe von Aufgaben zugewiesen erhielt, die nunmehr im Abklingen sind, wodurch sich der Geschäftsbereich dieser Geschäftsgruppe im verflossenen Jahre etwas verändert hat. So wurde unter anderem das Preisbestimmungsamt auf Grund der neuen gesetzlichen Vorschriften aufgelöst; für sämtliche Bezirke wird nur mehr eine zentrale Naziregistrierstelle geführt.

Der Bevölkerungsstand von Wien

Eine Hauptaufgabe der Verwaltungsgruppe X sind alle Arbeiten, die mit dem Bevölkerungswesen zusammenhängen. Wien hatte im Dezember 1949 auf Grund der Angaben der Kartenstellen eine Bevölkerung von 1,769.381 Personen. Da infolge der Besserung der Lebensverhältnisse nicht mehr von allen Personen die Lebensmittelkarten in Anspruch genommen werden, sind diese Angaben der Kartenstellen nicht mehr vollständig. Das nunmehrige Auskunftsmittel ist die statistische Auswertung der Personenstandsaufnahme für die Lohnsteuerkarte. Demnach hatte Wien im Jänner 1950 eine Bevölkerungszahl von 1,795.033, am 1. Oktober 1950 von 1,803.299, also einen absoluten Bevölkerungszuwachs von 8.266 Personen. Da in Wien mehr Menschen sterben, als geboren werden, ist noch die Differenz zwischen den Verstorbenen und Lebendgeborenen hinzuzurechnen, die im selben Zeitraum 7.846 Personen betrug. Daraus ergibt sich ein absoluter Wanderungsgewinn von 16.112 Personen.

Auf 60 Wiegen 100 Särge

Das Verhältnis der Sterbefälle zu den Geburten - auf 10.000 Personen gerechnet - betrug im Jahre 1947 149 Sterbefälle zu 139 Geburten, was einem Verhältnis von 100 zu 93 entspricht. Im Jahre 1948 kamen auf 133 Sterbefälle 118 Geburten; das Verhältnis betrug 100 zu 88. Im Jahre 1949 entfielen auf 139 Sterbefälle 93 Geburten; das Verhältnis hat sich also auf 100 zu 66 verschlechtert. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1950 entfielen auf 136 Sterbefälle 82 Geburten, was einem Verhältnis von 100 zu 60 gleichkommt. Das Verhältnis zwischen Sterbefällen und Geburten hat sich also seit 1947 um mehr als ein Drittel verschlechtert.

Da in der Budgetdebatte bereits über die Säuglingssterblichkeit gesprochen wurde, gibt der Referent auch einen Bericht über die Säuglingssterblichkeit in Wien. Sie betrug im Jahre 1945 auf 1.000 Lebendgeburten 191 Todesfälle, im Jahre 1949 nur mehr 63 und im Jahre 1950 57. Da die Säuglingssterblichkeit im Jahre 1935 bei 53 auf 1.000 Lebendgeburten lag, haben wir uns hier mehr oder weniger erfreulicherweise den Friedensverhältnissen genähert.

Der Zuzug nach Wien

Im Jahre 1950 sind - in den ersten 10 Monaten - 16.112 Personen nach Wien zugezogen, auf das ganze Jahr umgerechnet wären das 19.334 Personen. Im Jahre 1949 betrug der Wanderungsgewinn 33.452 Personen. Die Zuwanderung ist also um ein Drittel zurückgegangen. Dennoch ziehen jeden Monat derzeit 1.600 Personen mehr zu, als von Wien abwandern.

Starker Rückgang der Eheschließungen

In den ersten 11 Monaten des Jahres 1950 wurden in Wien 14.341 Ehen geschlossen. Im Jahre 1947 kamen auf je 10.000 Einwohner 115 Eheschließungen, im Jahre 1949 100 und im Jahre 1950 91 Eheschließungen. Im Zuge der Neuorganisation der Standesämter wurde ihre Zahl, die vor dem November 1950 18 betrug, auf 12 herabgesetzt.

Seit 1945 101.226 Personen in Wien eingebürgert

Seit 1945 bis Ende November 1950 wurden in Wien insgesamt 61.349 Staatsbürgerschaftsansuchen und Staatsbürgerschaftserklärungen positiv erledigt. Da auf einen Staatsbürgerschaftsakt etwa 1,65 Personen entfallen, haben insgesamt 101.226 Personen seit 1945

durch die Magistratsabteilung 61 ihre Staatsbürgerschaft erhalten. Unter den Eingebürgerten befanden sich 12.280 Fälle, die nach dem März 1938 nach Wien zugezogen sind. Wieder mit 1,65 multipliziert, wurden also 20.262 Personen eingebürgert, die nach 1938 - meist in den Jahren 1945 und 1946 - nach Wien gekommen sind.

Am meisten Einbürgerungen in Wien

Während Wiens Anteil an der Gesamtbevölkerung 24,9 % beträgt, beträgt der Anteil Wiens an den Einbürgerungsfällen in ganz Österreich 39,3 %. Der Bevölkerungsanteil Niederösterreichs beträgt 18,2 %, der Einbürgerungsanteil 18,7 %. In Oberösterreich beträgt der Bevölkerungsanteil 16,3 %, der Einbürgerungsanteil 10,4 %. In der Steiermark beträgt der Bevölkerungsanteil 15,9 %, der Einbürgerungsanteil 13,7 %. Wien hat also absolut und relativ die meisten Einbürgerungen vorgenommen.

Die Staatsbürgerschaftsabteilung hat in den ersten 11 Monaten des Jahres 1950 insgesamt 108.218 Heimatrollenauszüge und Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt.

Abbau der Registrierungsbehörden

Durch die Streichungsamnestie fällt jetzt die Zählung der Minderbelasteten weg und es werden nur mehr die belasteten Nationalsozialisten registriert. Ihre Zahl ist von 8.937 zu Beginn des Jahres bis Ende November auf 8.484 zurückgegangen. Auch die Zahl der bei der Landesumsiedlungsstelle registrierten Reichs- und Volksdeutschen ging in der gleichen Zeit von 75.000 auf 60.000, jene der fremdsprachigen Ausländer von 27.000 auf 22.000 zurück.

Derzeit bestehen etwa 9.000 Vereine. Der jährliche Zuwachs beträgt zirka 1.000, während 400 Vereine sich auflösen oder aufgelöst werden, so daß jährlich mit einer Vermehrung der Zahl der Vereine von 600 zu rechnen ist.

Kriegsgefangenenfürsorge

Auch die Kriegsgefangenenfürsorge klingt ab. Derzeit stehen etwa noch 500 Kriegsgefangene mit ihren Verwandten in schriftlicher Verbindung. In Wien wurden bisher insgesamt 200.000 Heimkehrer betreut, von denen 85.000 Wiener waren. Vor Weihnachten wurde eine neue Paketaktion für unsere Kriegsgefangenen gestartet. Unserer aller Hoffnung ist es aber, daß die Kriegsgefangenen endlich und bald nach Wien und Österreich zurückkehren. (Labhafter

Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.)

Auf dem Gebiete des Gewerbewesens wurden in den ersten 10 Monaten dieses Jahres insgesamt 7.806 Gewerbe neu angemeldet, während 6.879 Gewerbe zurückgelegt wurden. Es ist somit ein absoluter Zuwachs von 927 festzustellen.

1184 Brände

Für die Feuerwehr wurden im Jahre 1950 28 Millionen Schilling verbraucht. Der Aufwand für 1951 ist mit 32 Millionen veranschlagt. Der Personalstand der Feuerwehr hat mit 1366 Mann den Friedensstand erreicht. Auch die Alarmfahrzeuge des Branddienstes werden im Jahre 1951 bereits auf dem Friedensstand angelangt sein. In den Monaten Jänner bis November dieses Jahres gab es für die Feuerwehr insgesamt 4156 Alarmfälle, davon 1184 Brände mit 8 Groß- und 48 Mittelbränden. In den kritischen Oktobertagen wurde die Feuerwehr auch einigemal zur Beseitigung von Verkehrshindernissen eingesetzt. Hierbei haben alle Feuerwehrleute ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

GR. Josef Doppler (WdU) beschäftigt sich mit der Verringerung der Zahl der Standesämter von 34 auf nunmehr 12 und erklärt, diese Dezimierung leistet der Idee der obligatorischen standesamtlichen Ehe einen sehr schlechten Dienst. Die Vorfälle in Oberösterreich und in Tirol, wo Priester wegen Vornahme der kirchlichen Trauung vor der gesetzlichen standesamtlichen Trauung gerichtlich bestraft werden mußten, und die verschiedenen sonstigen Vorstöße gegen die obligatorische Ziviltrauung lassen leider befürchten, daß wir uns der Ära der sogenannten Dispensehen immer mehr nähern, je eifriger die Gemeindeverwaltung die Axt an die Standesämter lege. Die derzeit bestehenden 12 Standesämter stehen rund 125 matrikenführende römisch-katholische Pfarrämtern gegenüber. Dies gebe Anlaß zur Besorgnis, daß die Bestrebungen der Kirche nach Beseitigung der obligatorischen Zivilehe Erfolg haben könnten. Die Aufrechterhaltung der obligatorischen Zivilehe sei aber nicht nur aus staatspolitischen Erwägungen unerläßlich, sondern auch im Hinblick auf die enorme Zahl der Ehescheidungen, die ständig im Steigen begriffen sei, unbedingt notwendig. Österreich stehe in der Scheidungsstatistik in Europa an erster Stelle und in der gesamten Welt nach den Vereinigten Staaten von Amerika an

zweiter Stelle. Die Diffamierung der standesamtlichen Ehe durch die Kirche würde bei Einführung der fakultativen Ziviltrauung noch in weit größerem Ausmaß erfolgen. Noch sei es Zeit, diese Gefahr zu bannen.

In diesem Zusammenhang sei der Vorschlag eines Staatsbürgers beachtenswert, der in einer Zuschrift aus Leserkreisen anregte, dem drohenden Konflikt zwischen Staat und Kirche wegen der Durchführung der Trauungszeremonie dadurch zu vermeiden, daß die Ehe durch die entsprechende Erklärung der Brautleute vor dem Standesamt und die Aushändigung des Trauscheines rechtskräftig werde, daß aber den jungen Ehepaaren vier Möglichkeiten der Trauungszeremonie zur Wahl gelassen werden: entweder die Zeremonie nur in der Kirche oder nur vor dem Standesbeamten, beide Zeremonien in beliebiger Reihenfolge oder schließlich ein Verzicht auf jede feierliche Trauungszeremonie überhaupt. Da sich voraussichtlich die überwiegende Zahl der Bevölkerung für die kirchliche Trauungszeremonie entscheiden würde, wäre damit sowohl dem kirchlichen als dem staatlichen Standpunkt Rechnung getragen.

Der Redner kritisiert weiter die Verringerung des Aufwandes für Heimkehrerfürsorge von 330.000 auf 29.700 S, da er eine solche Maßnahme für verfrüht erachte. Dem herzlichen Willkomm durch die Stadtverwaltung folge nur zu bald für viele Heimkehrer eine bittere Enttäuschung. Sie müssen sofort den Gang zur Registrierungsbehörde antreten und, wenn sie zu den belasteten Personen gehören, alle Nachteile in Kauf nehmen. Die Fraktion der Unabhängigen sei der Meinung, daß man diese armen Teufel in Ruhe lassen soll, selbst wenn der eine oder andere wirklich einen dunklen Punkt auf dem Kerbholz hätte, denn sie haben jede Schuld durch eine vieljährige furchtbare Gefangenschaft nur zu reichlich gesühnt.

GR. Doppler nimmt sodann zu den Verleihungen der österreichischen Staatsbürgerschaft Stellung und erklärt, daß hier anscheinend das Parteibüchel ausschlaggebend sei. Viele, deren Verdienste um unsere Heimat fragwürdig sind, erhalten die Staatsbürgerschaft, die Gesuche von braven Volkedeutschen aber, die sich zu keiner Partei bekennen wollen, werden abgelehnt.

Was die Ausbürgerungen anlangt, erklärt der Redner, daß der Wiener Magistrat hier eine Härte an den Tag legt, wie es in keinem Bundesland der Fall ist. Diese Härten müßten auf ein Mindest-

maß herabgesetzt werden. Das gleiche gilt für die Magistratsabteilung 62, der die Registrierungsbehörden unterstehen. Der Redner weist auf einen Artikel in einer Montag-Zeitung hin, demzufolge des NS-Gesetz dem österreichischen Volk 4,5 Milliarden Schilling gekostet hat. Dieser Betrag setzt sich aus den Pensionen und Bezügen an frühzeitig Pensionierte und an Außerdienstgestellte, durch den Ausfall von belasteten Fachkräften, den Aufwand für die Registrierungsbehörden und dergleichen zusammen. Der Betrag von 4,5 Milliarden würde zum Bau von 75.000 Wohnungen ausreichen.

Der Redner macht darauf aufmerksam, daß die Eröffnung einer GÖC-Filiale im 3. Bezirk bei den verschiedenen benachbarten Geschäften Unmut hervorgerufen hat.

Trotzdem seine Fraktion mit mehreren Ressorts der Geschäftsgruppe X nicht einverstanden sei, stimme sie wegen der guten und ordentlichen Führung der übrigen Abteilungen dieser Gruppe dem Voranschlag zu.

GR. Dr. Altmann (LBl.) kritisiert die äußerst geringen Ansätze dieses Kapitels, die nur noch von denen für Kultur und Volksbildung übertroffen werden. Dabei ist ein großer Teil der Ansätze allein für die Feuerwehr der Stadt Wien bestimmt.

Zu dem von Stadtrat Afritsch genannten Ziffern über Geburten und Sterblichkeit bemerkte der Redner, daß diese eine Bestätigung für die Politik in Österreich und in der Stadt Wien seien. Wenn der Gemeinderat aus diesen Ziffern keine entsprechenden Schlüsse ziehe, dann werde man deren weitere Verschlechterung in Kauf nehmen müssen.

Dr. Altmann bemängelt auch, daß Stadtrat Afritsch in seinem Referat sich nicht mit allen Abteilungen beschäftigt hat, die seiner Geschäftsgruppe unterstehen. Es sei aufgefallen, daß kein Wort über die Abteilung gesagt wurde, die sich mit Baurechtsfragen beschäftigt. Dr. Altmann knüpft daran die Vermutung, daß diese Unterlassung deswegen geschehen sei, weil sich ein Teil der Tätigkeit dieser Abteilung ohne Kenntnis des Gemeinderates abgespielt habe. Dr. Altmann spricht von dem von dieser Abteilung ausgearbeiteten Entwurf des neuen Wiener-Wiederaufbaugesetzes, daß das Gesetz über Sonderbestimmungen für den Wiederaufbau Wiens ersetzen soll, dessen Gültigkeit am 31. Dezember 1950 abläuft.

Er kritisiert scharf, daß dieser Gesetzentwurf seiner Fraktion bisher nicht übermittelt und auch nicht im zuständigen Ausschuß besprochen wurde, während GR.Dkfm.Dr.Hohl (ÖVP) in seiner Obstruktionsrede die Unterlagen für diesen Gesetzentwurf verwendete. Er stellte sich gegen die Verzögerung dieses Gesetzes, wodurch längere Zeit ein gesetzloser Zustand eintreten werde. Hier liege ein offenbar im Interesse der Koalition begangenes Vergehen an den Interessen der Stadt Wien vor, das nicht zu entschuldigen ist.

Dr.Altmann bekritteltete, daß Stadtrat Afritsch kein Wort des Dankes für das Personal der Feuerwehr oder über die Tätigkeit der Feuerwehr gesprochen hat. Dr.Altmann stellte die Vermutung auf, daß dies vielleicht mit Rücksicht auf den Ausgang der Personalvertretungswahlen bei der Feuerwehr geschehen sei. In diesem Zusammenhang wandte sich der Redner auch dagegen, daß Stadtrat Afritsch in seinem Referat sagte, die Feuerwehr habe in den stürmischen Oktobertagen überall dort, wo sie zum Einsatz gekommen ist, ihre Pflicht getan. Der Redner stellte die Frage, wem gegenüber Stadtrat Afritsch das Personal der Feuerwehr, das stets seine Pflicht getan hat, mit diesem Satz entschuldigen will.

Schließlich beschäftigte sich GR.Dr.Altmann mit der Frage der Bezirksvertretungen und der Demokratisierung der Verwaltung. Es habe sich hier auch seit dem vorigen Jahr nichts geändert. Es sei nichts geschehen, um die Bezirksvertretungen zu wählen oder den derzeit provisorischen Bezirksvertretungen jene bescheidenen Rechte zu geben, die sie nach der Verfassung der Stadt Wien haben sollen. Bei den Bezirksvertretungen handle es sich gegenwärtig um nichts anderes als um unbezahlte Hilfsorgane des jeweiligen provisorischen Bezirksvorstehers. Man hat sich zwar geweigert, anläßlich der Wahlen 1949 die Bezirksvertretungen in Wien zu wählen, aber man hat es für nötig befunden, das Ergebnis dieser Wahlen auf die Bezirksvertretungen anzuwenden, offenbar um die WdU in die Bezirksvertretungen hereinzubringen. Man hat dies in einer Zeit getan, in der es völlig klar war, daß sich dieser ganze Haufen aufzulösen beginnt. (Gegenrufe bei den Unabhängigen.)

Die Empörung der Arbeiterschaft und der Bevölkerung darüber, daß Faschisten in die Bezirksvertretungen ohne Wahl eintreten sollen, hat dazu geführt, daß es in den Bezirksvertretungen zu Schwierigkeiten gekommen ist. Es scheint, daß man hier mit dem Wort Demokratie Schindluder getrieben hat; man kann nicht Faschisten in die Wiener Bezirksvertretungen nehmen, ohne daß die Bevölkerung sie gewählt hat. Dr. Altmann weist die Behauptung, daß seine Fraktion die Wahl der Bezirksvertretungen verhindert habe, zurück und fordert die Wahl und Demokratisierung der Bezirksvertretungen, die durch die Mehrheit dieses Hauses verhindert worden sei.

Dr. Altmann geht sodann auf die in der Generaldebatte von GR. Wicha vorgebrachte Forderung auf Ausschluß des ehemaligen WdU-Gemeinderates Keller aus dem Gemeinderat ein und bezeichnet dieses Verlangen als eine Verwegenheit, ja als eine Frechheit. Wohl enthält die Verfassung der Stadt Wien eine Bestimmung, daß ein Gemeinderat seines Mandates verlustig wird, wenn er aus der Partei, auf deren Liste er gewählt wurde, ausscheidet, aber dieser undemokratischen Bestimmung ist ein Riegel vorgeschoben, indem die Verwirklichung nur eintreten kann, wenn der Gemeinderat beschließt, beim Verfassungsgerichtshof aus diesem Grund den Antrag auf Mandatsverlust zu stellen. Es ist eine niederträchtige Zumutung an den Gemeinderat, daß er einen solchen, der Demokratie ins Gesicht schlagenden Beschluß fassen soll. Diese Zumutung hat aber offenbar noch einen anderen Grund; man will damit offenbar ausprobieren, ob man sein Mandat verliert, wenn man mit dieser "Bagage" nicht mehr gehen will.

Abschließend erklärt der Redner, daß in dem Budget dieser Verwaltungsgruppe sowie in den Budgets der anderen Verwaltungsgruppen nicht genügend Vorsorge für die Interessen der Stadt und ihrer Bevölkerung getroffen ist und daß aus den vorgebrachten statistischen Zahlen nicht die Schlüsse gezogen wurden, die gezogen werden müßten, um eine Entwicklung in dieser Stadt zu verhindern, die zum Verderben dieser Stadt zu werden droht.

GR. Franz Doppler (ÖVP) nimmt zu der rückläufigen Bevölkerungsbewegung Stellung und erklärt, man müsse alles daransetzen, die Vollbeschäftigung zu erreichen und zu erhalten, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, an die Zukunft zu denken und sich Familien zu gründen. Denn zweifellos hat jeder Sorgen, wie er ein Kind erhalten könnte.

Er regt weiter an, im "Amtsblatt der Stadt Wien" an Stelle der langatmigen Wiedergabe der Anträge und Anfragen, die oft nutzlos gestellt werden, kurze Berichte über die Sitzungen des Wiener Gemeinderates zu bringen.

Hinsichtlich der Einbürgerungen stellt er die Frage, ob in Wien wie in diesem Jahr auch in den Jahren von 1945 bis 1949 39 Prozent aller Einbürgerungen von ganz Österreich vorgenommen wurden, oder ob das Verhältnis zu den anderen Bundesländern in den vergangenen Jahren nicht schlechter gewesen ist. Er äußert den Wunsch, auch weiter den Flüchtlingen durch Einbürgerung die Möglichkeit zu geben, bei uns eine neue Heimat zu finden.

GR. Doppler kommt in Erwiderung von Ausführungen eines WdU-Gemeinderates auch auf die Standesämter und die Frage der Eheschließung zu sprechen und erklärt, daß seine Partei unbedingt auf dem Standpunkt stehe, daß die Eheschließung fakultativ erfolgen soll, das heißt, daß dem einzelnen freigestellt wird, zu bestimmen, ob er eine kirchliche oder standesamtliche Ehe schließen will.

Abschließend bittet er den Bürgermeister und den amtsführenden Stadtrat, alles zu veranlassen, damit endlich die von einer Besatzungsmacht noch immer widerrechtlich zurückgehaltenen österreichischen Kriegsgefangenen heimkehren. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Jodlbauer (SPÖ) beschäftigt sich mit der Ziffer der Staatsbürgerschaftsverleihungen und erklärt, die Stadt Wien hätte auf diesem Gebiete eine unerhört große Aufgabe zu erfüllen. Es handelt sich hier nicht nur um Menschen, die während des Faschismus "Heim ins Reich" wollten, sondern auch um jene, die erst nach dem Jahre 1945 ihre Heimat verlassen mußten, weil das dortige Regime für sie keinen Platz hatte. Zuerst wurden organisierte Umsiedlungen durchgeführt, späterhin war für diese Menschen, die ihre persönliche Freiheit erhalten wollten, die

Flucht aus der Heimat die einzige Möglichkeit. Es ist hier eine sehr hohe Verpflichtung gegenüber diesen Menschen zu erfüllen, indem wir ihnen, wenn sie ihren Pflichten ordentlich nachgehen, eine neue Heimat geben. Mit einer solchen Tat kann der Freiheit und dem Frieden mehr gedient werden, als mit der Sammlung von erpreßten Unterschriften.

Eine Ursache in den geringen Geburtenziffern sieht GR.Jodlbauer in der Unsicherheit der heutigen Zeit. Er erklärt zu GR.Dr.Altmann gewendet, der gleichfalls über die Geburtenziffern gesprochen hat, daß seine Partei mit ihren Auftraggebern wenig dazu beitrage, damit das Sicherheitsgefühl auf der Welt endlich wieder stark wird und die Menschen sich getrauen, Kinder in die Welt zu setzen.(Starker Beifall.)

Wenn jemand während dieser Debatte die öffentlichen Verwaltungen und das öffentliche Aufsichtsrecht einer Kritik unterzogen hat, so könne nur gesagt werden, daß die angeführten Fälle nicht in die Kompetenz der Gemeindeverwaltung, sondern in die des Bundesministeriums fallen. Der Redner erinnert an die vielen tausende öffentlichen Verwalter, die sich in der wirtschaftlich schlechtesten Zeit für die Erhaltung der Betriebe eingesetzt haben und daß man diesen Menschen, die in Sauberkeit und Korrektheit im Dienste des Staates gehandelt haben, dankbar sein müsse und nicht die Entgleisungen von Einzelnen als Anlaß nehmen muß, um die Arbeit aller zu diskreditieren.

Zum Kapitel Kriegsgefangenenfürsorge erklärt GR.Jodlbauer, daß die Stadt Wien auf diesem Gebiete alles getan hat, was in ihrer Macht stand. Eine Ursache in der Zurückhaltung von immer noch einigen Zehntausenden Kriegsgefangenen sieht er darin, daß in der heutigen unruhigen Zeit jedes Paar Hände gebraucht wird. Als das schönste Budget, das in diesem Hause beschlossen wird, bezeichnet GR.Jodlbauer jenes, in dem für die Kriegsgefangenenfürsorge keine Ansätze mehr notwendig sind. Man möge unsere Kriegsgefangenen endlich freigeben und heimschicken.(Starker Beifall.)

Der Redner stellt mit Befriedigung fest, daß sich im Gewerbesektor eine gewisse Konsolidierung zeigt. Er spricht von den schlechten Auswirkungen der im Jahre 1934 vorhängten Gewerbesperre und dem im Jahre 1936 geschaffenen Untersagungsgesetz, die eine unerhörte Überalterung innerhalb des Gewerbes zur Folge haben.

Der Redner tritt für die Aufhebung des Untersagungsgesetzes und die Einführung einer Altersversicherung für selbständig Gewerbetreibende ein. Den Vorwurf, daß zu viele Gewerbeberechtigungen erteilt werden, bezeichnet er als unberechtigt.

GR. Jodlbauer nimmt sodann gegen die unbefugte Gewerbeausübung und in diesem Zusammenhang gegen die sogenannten USIA-Verkaufsläden Stellung. Er hofft jedoch auf das Verständnis der Bevölkerung. Früher oder später wird dieser Zustand aus unserer Gesamtwirtschaft ja wieder verschwinden. (Beifall.)

Abschließend erklärt er, daß seine Fraktion den Ansätzen der Verwaltungsgruppe X zustimmen werde.

Ansätze der Geschäftsgruppe X angenommen

Stadtrat Afritsch nimmt in seinem Schlußwort zu den Ausführungen der Debatteredner Stellung.

Die Zahl der Eheschließungen in den letzten Jahren hat, wie bekannt, bedeutend abgenommen. Daher ist die Aufrechterhaltung der vielen Standesämter nicht erforderlich. Bei den heutigen Verhältnissen würden nicht einmal zwei Ehen pro Tag in einem Standesamt geschlossen werden. Die verbleibenden Standesämter werden jedoch würdig und schön ausgestaltet.

Der Heimkehrerfürsorge werde selbstverständlich, sobald wieder Heimkehrer kommen, die nötigen Geldmittel zur Betreuung zur Verfügung gestellt werden.

Es wurde auch mitgeteilt, daß Wien bei der Aberkennung der Staatsbürgerschaft vorausgeht. Demgegenüber stellt Stadtrat Afritsch fest, daß 1950 nur einem einzigen Nationalsozialisten die Staatsbürgerschaft aberkannt werden mußte.

Beim Warenhaus der GÖC handelt es sich um ein altes Warenhaus, das nun die GÖC betreibt. Wenn die Gemeinde Wien jährlich tausende Gewerbeberechtigungen an Private ausstellt, dann müsse man auch zugestehen, daß der GÖC die Bewilligung für dieses Warenhaus gegeben wurde.

Stadtrat Afritsch verwahrte sich auch gegen die "Alte Walze", daß die Erlangung der Staatsbürgerschaft von der Voraussetzung eines "Parteibüchels" abhängig sei.

Zu den Ausführungen von GR. Dr. Altmann über die niedrigen Ansätze des Kapitels bemerkte der Referent, daß nur die Feuerwehr betriebsmäßig verrechnet werde, während bei allen anderen Abtei-

lungen die Personal- und Betriebskosten in der Geschäftsgruppe I aufscheinen.

Auch die Schlüsse des kommunistischen Redners bezüglich des Mißverhältnisses zwischen Sterbefällen und Geburten sind nicht sehr richtig. Es gibt Länder, in denen sehr viele Ehen bestehen und in denen es sehr viele Kinder gibt, während der Wohlstand ein außerordentlich geringer ist. Umgekehrt gibt es in Ländern mit größerem Wohlstand weniger Kinder. Man müsse auch die Unsicherheit der Weltlage bedenken, und daß auch die Besatzung eine gewisse Rolle spielt.

Bezüglich des Wiener-Wiederaufbaugesetzes sagte der Referent, daß es sich hier um einen Magistratsentwurf handelt, und daß wahrscheinlich ein Versehen vorliege, wenn die Vorlage der Fraktion des Linksblockes nicht zugegangen ist.

Hinsichtlich der Feuerwehr liegt ein großes Mißverständnis vor. Stadtrat Afritsch betonte, er habe nie daran gedacht, daß die Feuerwehr wegen der Streiks nicht ausgerückt wäre. Er habe es auch nicht versäumt den Männern der Feuerwehr nach den Oktoberereignissen seinen Dank auszusprechen. Unter lebhaftem Beifall der Sozialisten verliest Stadtrat Afritsch das damalige Rundschreiben, in dem es heißt, daß die Angehörigen der Feuerwehr vom 3. bis 6. Oktober ihren Dienst in mustergültiger Weise versehen haben. Besonders bei der Beseitigung der Straßensperren war der Einsatz vorbildlich.

DR. Dr. Altmann möge endlich zur Kenntnis nehmen, daß die Unabhängigen im Parlament und in vielen Gemeindestuben eingezogen sind - Gott sei Dank nur in einer sehr geringen Zahl -; daher sei es selbstverständlich, daß, wenn es zu den Bezirksvertretungswahlen gekommen wäre, auch Bezirksräte des WdU genau so wie jene des Linksblocks eingezogen wären. Wäre die erste Fassung der Wiener Gemeindewahlordnung angenommen worden, hätten wir heute in allen Wiener Bezirken schon gewählte Bezirksvertretungen. Es sei also nicht die Schuld des Wiener Gemeinderates, daß wir noch keine gewählten Bezirksräte haben. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.) Die Mehrheit trete dafür ein, daß die Gemeinderäte und Bezirksräte nicht Wahlkreisweise, sondern bezirkweise gewählt werden. (Beifall bei der SPÖ.) Durch die Intrigen der Kommunisten sei es bisher verhindert worden, daß die Bezirksvertretungen sich normal entwickeln konnten.

Bezüglich des Mandates des GR.Dipl.Ing.Keller (parteilos, früher WdU) werden Gerichtshöfe zu entscheiden haben. Diese Frage sei nicht die größte Sorge.

Die Ausführungen des GR.Doppler über die Ausgestaltung des Amtsblattes nehme der Referent zur Kenntnis und werde ihre Realisierung versuchen.

Der Referent dankt den Beamten aller Abteilungen seiner Geschäftsgruppe und der Feuerwehr für ihre treue Pflichterfüllung. Die Zusammenarbeit der Beamtenschaft mit dem amtsführenden Stadtrat sei wirklich mustergültig. Es sei ihm nicht eine formale Verpflichtung, sondern ein Herzensbedürfnis, allen Beamten, Angestellten und Arbeitern sowie allen Feuerwehrleuten für ihre Arbeit, die sie nicht nur im Rahmen der Geschäftsgruppe, sondern die sie im Interesse der ganzen Wiener Bevölkerung geleistet haben, den herzlichsten Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des X.Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und der WdU angenommen.

Bilanz und Bedeckung

Sodann referiert Stadtrat Resch über Bilanz und Bedeckung. Er weist darauf hin, daß die Bilanz des Voranschlages 1951 im ordentlichen Haushalt mit einem Gebarungsabgang von 38,1 Millionen und im außerordentlichen Haushalt mit einem Gebarungsabgang von 93,1 Millionen, also insgesamt mit einem Gebarungsabgang von 131,3 Millionen abschließt.

Leider könne er nicht wie im Vorjahr allen Debattenrednern für die rein sachliche Ausführungen danken. Die Beratungen seien heuer - in der Ausdrucksweise des GR.Dr.Altmann - durch "eheliche Seitensprünge" gestört worden. Freilich sei dann der häusliche Friede wieder hergestellt worden.

Der Referent bittet den Bürgermeister, allen Beamten des Hauses, beginnend vom Magistratsdirektor und Kontrollamtsdirektor bis zu allen Referenten der Abteilungen und Unternehmungen, die an der Aufstellung des Budgets mitgewirkt haben und die Referenten bei ihrer schweren Arbeit unterstützt haben, den Dank des Gemeinderates und den Dank des Finanzreferenten auszusprechen. (Starker Beifall)

Der Referent stellt hierauf folgenden Antrag:

1.) Der Entwurf des Voranschlags der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1951 wird in seinem ordentlichen Teil mit Einnahmen von 1.836,800.750 S und Ausgaben von 1.874,952.700 S und in seinem außerordentlichen Teil mit Einnahmen von 51,445.000 S und Ausgaben von 144,606.000 S genehmigt.

2.) Der Gebarungsabgang ist durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen zu decken.

3.) Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge, 11, Nebenbezüge, 14, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, 15, Sozialversicherungsbeiträge, und 19, Sonstige Personalauslagen, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlags gegenseitig deckungsfähig.

4.) Virements zwischen den Personalrubriken sowie Virements und Widmungsänderungen hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen und sonstige größeren baulichen Herstellungen sowie Inventaranschaffungen verzeichneten Teilbeträge ein und derselben Post sind an die Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden.

5.) Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabeansätze so weit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert.

Abschließend betont der Referent, er werde hoffentlich im kommenden Jahr keine solche Kreditsperre vornehmen müssen. Sollte sie sich aber als notwendig erweisen, werde er diese Tatsache nach Möglichkeit vorher, ansonsten jedoch sofort nach dem Inkrafttreten der Kreditsperre, dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen und ihn um seine Zustimmung bitten.

GR. Dr. Soswinski (LBl) erinnert daran, daß es der Finanzreferent für notwendig gehalten hat, nicht nur eine Bilanz im kaufmännischen Sinne zu ziehen, sondern auch eine Bilanz aus den Budgetberatungen, und erklärt, der Amtsführende Stadtrat habe den Ton der Beratungen schon bei Behandlung der Verwaltungsgruppe II angegeben, indem er zu einzelnen Behauptungen erklärte, er fühle sich beleidigt und werde daher darauf nicht eingehen. Es ist kein Geheimnis, daß die vom Vertreter der ÖVP hier vertretene Wirt-

schaft die kapitalistische Wirtschaft ist, und es ist kein Geheimnis, daß diese kapitalistische Wirtschaft hier aufgebaut werden soll. Gegen diese aber tritt der Linksblock auf das entschiedenste auf. Er wird sich daher gar nicht beleidigt fühlen, wenn sein Bemühen, diese kapitalistische Wirtschaft zu verhindern, ja zu vernichten, als Sabotage am Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft bezeichnet wird. Oder: wenn erklärt wird, daß dieses oder jenes im Interesse Österreichs gelegen ist - welches Österreich meint man da? Das ist das Österreich, von dem wir sehen, daß es eine amerikanische Kolonie wird, ein militärischer Stützpunkt für Kriegsvorbereitungen gegen die Volksdemokratien und die Sowjetunion. Gegen diese Politik wenden wir uns. Immer schon hat man dem marxistischen Teil der Arbeiterbewegung, der gegen den Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft aufgetreten ist, den Vorwurf gemacht, daß sie Landes- und Hochverräter seien. Wir wissen aber, daß wir all das im Interesse der Arbeiterbewegung als Marxisten tun müssen, weil man nur auf diesem Wege wirklich eine Befreiung der Arbeiterklasse durchführen kann.

Man hat sich also die Angelegenheit leicht gemacht, indem man im Schlußwort einfach Dinge wiederholt hat, obwohl das keine Beweiskraft für falsche Behauptungen haben kann. So wurde z.B. von meiner Partei festgestellt, daß das Notopfer der Stadt Wien bei dem Bundespräzipuum perzentuell höher ist als früher. Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen hat erklärt, daß das unrichtig ist. In der Gemeindezeitung vom 1. November 1950 steht aber, daß das Opfer auch der Stadt Wien gegenüber dem vergangenen Jahr größer geworden und, von 33 Prozent auf 33 1/3 Prozent gestiegen ist. Eine solche Fragenbeantwortung ist nicht dazu bestimmt, zur sachlichen Tonart der Auseinandersetzung beizutragen.

GR. Dr. Soswinski wendet sich sodann gegen den Antrag, wonach der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen ermächtigt werden soll, Ausgabeansätze so weit zu sperren, als es die Kassenlage erfordert, und erklärt, daß dem Hohen Haus bisher noch niemals solche Anträge vorgelegt wurden, obwohl von früheren Ermächtigungen bereits in einer Reihe von Fällen Gebrauch gemacht wurde.

Es handelt sich um eine diktatorische Vorlage, die das Recht des Gemeinderates, über das Budget zu beraten und zu beschließen, illusorisch macht. Seine Fraktion wird daher gegen diese Ermächtigung stimmen.

Stadtrat Resch stellt gegenüber den Ausführungen des GR.Dr.Soswinski, daß er einen Teil seiner Ausführungen bei der Beratung der Gruppe Finanzen nicht beantwortet hätte, fest, daß sich seine Stellungnahme nie gegen den Inhalt einer Rede des GR.Dr.Soswinski gerichtet hat, sondern nur gegen die Form der Rede, die in so beleidigender Ausdrucksweise vorgebracht wurde, daß es nicht der Würde des Hauses entspreche, sie zu beantworten. Der Gegensatz zwischen der Fraktion des GR.Dr.Soswinski und der sozialistischen Fraktion liegt nicht in dem Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern er liegt allein in dem Gegensatz zwischen Freiheit und Unfreiheit. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Prozentsätze des Notopfers kann man natürlich nur von der Gesamtsumme der Bruttoertragsanteile errechnen, und diese waren 1950 genau 20 Prozent und werden im Jahre 1951 18 Prozent ausmachen.

Hinsichtlich der Ermächtigung zur Sperre einzelner Ausgaben stellt Stadtrat Resch zusätzlich noch fest, daß schon im Jahre 1949 die mit Zustimmung des Gemeinderates verfügten Sperren fast restlos wieder aufgehoben wurden, bis auf einzelne kleinere, unbedeutende Posten, bei denen die Ausgaben sachlich nicht notwendig waren. Im Jahre 1950 wurde nicht eine einzige Sperre verfügt. Wenn bei irgendwelchen Posten die im Voranschlag für 1951 vorgesehenen Ausgaben nicht restlos getätigt wurden, so waren hiefür allein sachliche und nicht finanzielle Gründe maßgebend.

Es besteht also nach der bisherigen Erfahrung kein Grund, sich dagegen mißtrauisch einzustellen, Der Stadtrat ersucht, die Anträge anzunehmen.

Bei der Abstimmung werden die vom Finanzreferenten gestellten Anträge, betreffend den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1951 mit Mehrheit angenommen.

Unterbrechung des Berichtes

Pferdemarkt vom 27. Dezember
=====

28. Dezember (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 107 Schlächterpferde, zusammen 107. Bezahlt wurden für 1. Kilogramm Lebendgewicht: Wurstvieh 2.20 bis 3.- S, Bankvieh Ia 4.00 bis 5.- S, IIa 3.20 bis 3.80 S, Fohlen Ia 5.80 bis 6.20 S, IIa 5.- bis 5.50 S. Der Marktverkehr für Schlächterpferde hatte trotz starkem Auftrieb sehr geringe Nachfrage.

Herkunft der Tiere: Wien 5, Niederösterreich 62, Oberösterreich 30, Burgenland 2, Steiermark 8.

Ferkelmarkt vom 27. Dezember
=====

28. Dezember (Rath.Korr.) Aufgebracht wurden 52 Ferkel, von denen 50 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 116 S, 7 Wochen 127.50 S, 8 Wochen 190 S.

Die Nachfrage konnte als gut bezeichnet werden.

Kundmachung Nr.1 des amerikanischen Hochkommissariates
=====

28. Dezember (Rath.Korr.) Das amerikanische Hochkommissariat für Österreich hat folgende Kundmachung erlassen:

1. Die vom Hauptquartier der Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Österreich erlassene Verordnung Nr.102 wird hiermit zur Gänze aufgehoben; jedoch können Klagen noch innerhalb einer Frist von 30 Tagen vom Tage der Wirksamkeit dieser Kundmachung an gerechnet eingebracht werden, wenn das den Klagegrund bildende Ereignis noch vor diesem Tag stattgefunden hat.

2. Die Bestimmungen dieser Kundmachung treten am 29. Dezember 1950 in Kraft.

Dichterlesung Rudolf Felmayer
=====

28. Dezember (Rath.Korr.) Im Vortragssaal des Konservatoriums der Stadt Wien fand gestern vor den Städtischen Bibliothekaren eine Vorlesung aus den Werken des Lyrikers Rudolf Felmayer statt. Einleitende und verbindende Worte sprach der Schriftsteller Johann Gunert. Als Rezitatoren wirkten in ausgezeichnete Weise der Schauspieler Theodor Gredler (Ravag) und die Schriftstellerin Christine Busta.

Letztes Hausmusik-Konzert des Jahres
=====

28. Dezember (Rath.Korr.) Die Aktion zur Propagierung der Hausmusik, die im abgelaufenen Jahre eine kräftige Wiederbelebung erfahren hatte, fand Mittwoch ihren Abschluß. Generaldirektor Norbert Liebermann hatte die Angestellten der Städtischen Versicherung zu einem Hauskonzert geladen, dem auch die Stadträte Fritsch und Mandl beiwohnten. Als Gastgeber erörterte Generaldirektor Liebermann, nachdem er die großen Verdienste des derzeitigen Amtsführenden Stadtrates für Kultur und Volksbildung in beredten Worten gewürdigt hatte, die Bedeutung aller von diesem eingeleiteten und geförderten Aktionen, denen der Gesamttitel "Musik ins Volk" zu geben sei. Nach einer meisterlichen Wiedergabe von Haydns Quartett G-Dur op.76 und Anton Dvořáks Quartett F-Dur durch das Symphoniker-Quartett Gustav Swoboda, Karl Kultscher, Josef Kotzler und Viktor Görlich dankte der Direktor der Musiklehranstalten der Stadt Wien Regierungsrat Lustig-Prean Generaldirektor Liebermann für dessen gerade in letzter Zeit wiederholt unternommene erfolgreiche Initiative auf dem Gebiete des Musikwesens und schilderte die Zusammenhänge aller Bestrebungen, aus Wien wieder eine musizierende Stadt musischer Menschen zu machen. Konzertmeister Swoboda, Josef Kotzler, Viktor Görlich, Prof. Karl Fiala und Prof. Roland Raupenstrauch (Klavier) beschlossen den Abend mit dem vollendeten Vortrag von Schuberts "Forellenquintett". So wirkte auch dieser letzte Hausmusikabend des Jahres 1950 mit seinen tiefen musikalischen Eindrücken als Anregung und Beispiel.

Fortsetzung des BerichtesDie Städtischen Unternehmungen

Über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen referierte Stadtrat Dkfm. Nathschläger. Er stellt einleitend fest, daß im bisherigen Verlauf der Budgetdebatte die einzelnen Kapitel des Voranschlages der Gemeinde Wien für 1951 behandelt wurden. Hier ergaben sich im ordentlichen Haushaltsplan Einnahmen von 1.837,000.000 Schilling und Ausgaben von 1.875,000.000 Schilling, und im außerordentlichen Haushalt Einnahmen von 51 Millionen Schilling und Ausgaben von 144 Millionen Schilling, sodaß sich die Gesamteinnahmen von 1.888,000.000 Schilling und Ausgaben von 2.019,000.000 Schilling ergeben haben und hieraus ein Gesamtabgang von 131 Millionen Schilling resultiert.

Wenn man demgegenüber die Gesamteinnahmen der Wiener Stadtwerke zuzüglich Brauhaus der Stadt Wien, Bestattung und Gewista in der Höhe von 1.220,700.000 sowie die Gesamtausgaben von 1.305,500.000 Schilling ins Auge faßt, sodaß sich ein Gesamtabgang von 84,800.000 Schilling für diese sechs Unternehmungen ergibt, erkennt man, welche große Bedeutung den Städtischen Unternehmungen zukommt, da ihre Gesamtausgaben gemessen an den Gesamtausgaben des Hoheitsbereiches nicht weniger als rund 65 Prozent betragen. In der Hoheitsverwaltung betragen die Personalkosten rund 31 Prozent der Gesamtausgaben, bei den Unternehmungen rund 44 Prozent. Hier wirkt sich in besonderer Weise die Zahl von Pensionisten bei den Verkehrsbetrieben aus.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger tritt sodann für eine größere Freizügigkeit in der Personalpolitik der Unternehmungen ein. Es müßte auch die Möglichkeit geschaffen werden, die Bediensteten nach ihren Leistungen in die entsprechenden Dienstpostengruppen einzustufen. Angesichts der ungünstigen finanziellen Situation der Betriebe, müssen nicht nur da und dort Kosten eingespart werden, sondern es kommt auch der Frage der Menschenführung und des Kräfteinsatzes eine immer größere Bedeutung zu.

Als brennende Frage bezeichnet Stadtrat Dkfm. Nathschläger, wer künftig bereit ist, den Verlust bei den Städtischen Unternehmungen zu decken. Das E-Werk und Gas-Werk schneiden verhältnismäßig gut ab, eine ungünstige Situation ist jedoch bei den Verkehrsbetrieben. Der Redner bezeichnet es als unmöglich, daß man sich angesichts dieser Situation vielfach mit den Hinweis auf eine kommende Schillingseröffnungsbilanz trösten will und auf diese Weise durch verschiedene buchhalterische Manipulationen eine Sanierung speziell dieses Unternehmens erwartet. Die Grundlage, ob ein Unternehmen in der Lage ist, sich selbst zu erhalten oder nicht, ist nicht in formellen Ursachen, sondern in realen Tatsachen gelegen. Es wird früher oder später die Frage auftreten, was speziell bei den Verkehrsbetrieben gemacht werden soll, wobei als selbstverständliche Voraussetzung eine sparsame und auf das Nötigste beschränkte Wirtschaftsführung gilt. Eine Möglichkeit wäre, die tarifliche Grundlage so zu gestalten, daß sie kostendeckend ist, dies würde jedoch ein weitgehendes Abrücken von den derzeitigen Tarifen bedeuten, die andere ist die, daß die sich ergebenden Defizite in gleicher Weise, wie dies beispielsweise bei den Österreichischen Bundesbahnen der Fall ist, aus laufenden Steuereinnahmen gedeckt und dem Hoheitsbereich zugewiesen werden.

Der Referent spricht von den großen Beträgen, die für Investitionen bei den Verkehrsbetrieben und auch beim Gaswerk notwendig wären, derzeit aber nicht ausgeführt werden können, weil die hierzu erforderlichen Mittel fehlen. Es ist dies ein Zustand, der dringend der Abhilfe bedarf. Der Redner erklärt, es handle sich hier nicht um ein spezielles Wiener Problem, sondern diese Tatsache zeige sich überall dort, wo Verkehrsbetriebe dauernd mit Defizit arbeiten und ~~allein~~ nicht in der Lage sind, ihre Kosten zu decken und die unbedingt notwendigen Investitionen durchzuführen.

Stadtrat Dipl.Kfm. Nathschläger ging nun auf die einzelnen Voranschläge der Städtischen Unternehmungen näher ein. Die Wirtschaftspläne gliedern sich in vier Teile: In den Erfolgsplan, den Investitionsplan, den Anleihedienstplan und den Finanzplan. Der Erfolgsplan der städtischen Unternehmungen ist nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes aufgebaut.

20.749 Bedienstete bei den Stadtwerken

Der Referent gab dann eine Übersicht über die Personalstände der Stadtwerke für das Jahr 1951. Für E-Werk, Gas-Werk und Verkehrsbetriebe sind insgesamt 20.749 Bedienstete vorgesehen. Bei den E-Werken bedeutet dies eine Vermehrung um 58, bei den Gaswerken um 14 und bei den Verkehrsbetrieben um 79 Personen. Die Zahl der Bediensteten ist seit 1945 nach einem vorübergehenden Höchststand für 1951 nicht unerheblich geringer geworden. Dies liegt vor allem daran, daß die Reparaturarbeiten im Zusammenhang mit der Behebung von Kriegsschäden nun in den Hintergrund getreten sind. Bei den Pensionsparteien ergibt sich ein gegenteiliges Bild. Dies bedeutet eine neue Belastung für die Unternehmungen.

Die Erträge bei den Stadtwerken

Die Erträge sind bei den E-Werken bei einer angenommenen Stromerzeugung von 940,000.000 KWH für 1951 nach Abzug der Fernleitungsverluste mit 405,670.000 S veranschlagt. Aus der Erzeugung der Dampfkraftwerke werden 39,3 % gedeckt, aus den eigenen Wasserkraftwerken 9,1 % und durch den Bezug aus fremden Kraftwerken 51,6 %.

Bei den Gaswerken ist für die Gas- und Grundgebühren ein Ertrag von 164,550.000 S vorgesehen. Die Gasabgabe wurde mit 354 Millionen m³ angenommen. Das sind um 17 Millionen m³ mehr als im Ansatz für 1950. Gegenüber 1949 ist die Gasabgabe jedoch rückläufig, weil Gas nicht mehr in so großem Maß für Heizzwecke verwendet wird. Außerdem ergeben sich Einnahmen aus dem Verkauf von Koks, Teer, Benzolen, Destillationspech aus der Gerbstoff-erzeugungsanlage und aus der Phtalsäureanhydrid-Erzeugungsanlage, die in den letzten Tagen den Betrieb bereits aufgenommen hat.

Dem Wirtschaftsplan der Verkehrsbetriebe liegen folgende Annahmen zu Grunde: Eine Beförderung von 490 Millionen Fahrgästen für 1951 gegenüber 520 Millionen im Jahr 1950 und 575 Millionen im Jahr 1949. Im Kraftverkehr wird mit 27,6 Millionen Fahrgästen gerechnet, gegenüber 21,3 Millionen im Jahre 1950 und 15,7 Millionen im Jahr 1949. Hier ergibt sich eine starke Steigerung weil im nächsten Jahr eine Reihe von neuen Autobuslinien eröffnet wird. Beim Obusverkehr ist fast keine Änderung eingetreten. Für 1951 sind 2,680.000 Fahrgäste angenommen, 1950 waren

2,682.000 veranschlagt und für 1949 insgesamt 2,648.000.

Die Fahrleistungen der Straßenbahn und Stadtbahn sind für 1951 mit 127,252.000 Wagenkilometern angenommen, 1950 waren es rund 129, Mill. und 1949 rund 126,5 Mill. Im Kraftwagenbetrieb wurden 5,200.000 Wagenkilometer angenommen gegenüber 4,100.000 für 1950. Der Gesamtertrag der Verkehrsbetriebe beziffert sich auf 243 Millionen Schilling.

Der Referent gibt sodann einen Überblick über die ausweispflichtigen Aufwendungen der Stadtwerke. Der Personalaufwand beträgt bei den E-Werken 54 Millionen Schilling, bei den Gaswerken 40,3 Millionen Schilling und bei den Verkehrsbetrieben 198,3 Millionen Schilling. Der Personalaufwand der Generaldirektion beträgt insgesamt 1 Million Schilling. Der gesamte Personalaufwand erreicht die Höhe von 293,8 Millionen.

Die anderen ausweispflichtigen Aufwendungen betragen bei den E-Werken 116,7 Millionen, bei den Gaswerken 88,8 Millionen, bei den Verkehrsbetrieben 178,9 Millionen, bei der Generaldirektion 1,1 Millionen, zusammen also 385,7 Millionen.

Die Ruhe- und Versorgungsbezüge aller drei Unternehmungen zusammengenommen erreichen die Höhe von 241,6 Millionen Schilling.

Der freiwillige Sozialaufwand bei den Stadtwerken beträgt 1,1 Millionen Schilling, wovon 360.000 S für Werkküchen und 412.000 S als Zuschüsse für sportliche und sonstige Betriebseinrichtungen für Werksangehörige aufgewendet werden.

Der Verrechnungspreis, den die E-Werke für die Verkehrsbetriebe berechnen, ist mit 14 Groschen unverändert geblieben, was eine Subventionierung des E-Werkes an die Verkehrsbetriebe darstellt.

Unter den nicht ausweispflichtigen Aufwendungen erreichen die Ausgaben für Rohstoffe eine Gesamthöhe von 408,2 Millionen Schilling, der übrige Materialaufwand 71,2 Millionen Schilling.

Unter den sonstigen Ausgaben ist der Werbeaufwand in der Höhe von 400.000 S zu erwähnen, der hauptsächlich für die Werbung bei den Gaswerken verwendet werden soll, die diese Werbung brauchen, um die zur Verfügung stehende Kapazität voll ausnützen zu können. Die Provisionen an Fahrscheinverkäufer werden rund 70.000 S betragen.

Die Gaspreissubvention beträgt 11,9 Millionen Schilling, wobei nur bis Ende März Vorsorge getroffen ist. Es ist noch nicht geklärt, in welcher Form nach diesem Zeitpunkt die erhöhten Kohlenkosten subventioniert werden sollen.

Unter Berücksichtigung aller ausweispflichtigen und nicht ausweispflichtigen Aufwendungen und Erträge ergibt sich ein Geberungsabgang in der Höhe von rund 78 Millionen Schilling. Die Bilanz der E-Werke ist beinahe ausgeglichen, der Abgang beträgt nur 260.000 S. Der Abgang bei den Gaswerken wird 31,3 Millionen, bei den Verkehrsbetrieben 45 Millionen und bei der Generaldirektion 1,3 Millionen Schilling betragen.

Die Investitionspläne sehen bei den E-Werken Investitionen in der Höhe von 145 Millionen Schilling vor, davon 16 Millionen für die Behebung von Kriegsschäden. Bei der Umschaltung von Gleichstrom auf Drehstrom sollen im kommenden Jahr rund 1.500 Häuser erfaßt werden.

Für die Gaswerke sind Investitionen in der Höhe 61,2 Millionen Schilling in Ansatz gebracht, von denen allerdings 30,4 Millionen gesperrt werden mußten, weil die erforderlichen Mittel fehlen.

Die Verkehrsbetriebe

Stadtrat Dkfm.Nathschläger geht sodann auf die Besprechung der Verkehrsbetriebe ein. Für die halbwegs geordnete Fortführung des Betriebes wurde ein Investitionsaufwand von nicht weniger als 116 Millionen Schilling ermittelt: hievon werden 75 Millionen, d.s. 64 %, auf reine Investitionen und 41 Millionen, d.s. 36 %, auf Kriegsschädenbehebung entfallen. Mangels Bedeckung muß der aufgewiesene Investitionsbedarf jedoch um 31,5 Millionen gekürzt werden, wovon 30,7 Millionen auf reine Investitionen und 2,8 Millionen auf die Behebung von Kriegsschäden entfallen. Von dem frei verfügbaren Investitionsbedarf von rund 82,5 Millionen Schilling verbleiben für reine Erneuerungen und Anschaffungen 44,2 Millionen Schilling und für die Behebung von Kriegsschäden 38,3 Millionen Schilling. Die notwendig gewordene Sperre hat im wesentlichen die reinen Investitionen betroffen. Von den 82,5 Millionen dürften etwa 15,5 Millionen auf eigene Leistungen und rund 67 Millionen auf Vergebung an Privatfirmen entfallen.

Bei der Festigung des Investitionsplanes wurde von vornherein größter Wert auf die Reparatur bzw. Neuanschaffung von Fahrbetriebsmitteln gelegt.

Eine kleine Post von 50.000 S ist für die Entwicklung eines vierachsigen Großraumtriebwegens vorgesehen, der, wenn die entsprechenden Mitteln vorhanden sind, voraussichtlich im Jahre 1952 in Auftrag gegeben werden kann.

Von den für Fahrbetriebsmittel vorgesehenen Investitionen von rund 50 Mill. mußten nur 1,8 Mill. gesperrt werden, es ist jedoch zu hoffen, daß durch ein besseres Ergebnis die vorgesehenen Investitionen zur Gänze ausgeführt werden können. Auch von dem für die Gleiserneuerung vorgesehenen Betrag von 16,7 Mill. mußten vorderhand 9,8 Mill. gesperrt werden.

Für die Kriegsschädenbehebung an der Strecke nach Heiligenstadt und am Bahnhof Heiligenstadt kann im Jahre 1951 nicht nennenswertes getan werden. Von den zwei Brücken über die Franz Josefs-Bahn wurde eine noch heuer vollkommen fertig gestellt, das Tragwerk für die zweite Brücke kostet allein 1,150.000 S. Die Wiederherstellung des Stadtbahnflügels nach Heiligenstadt würde einen Aufwand von rund zehn Mill. Schilling verschlingen, der naturgemäß nur in Raten aufgebracht werden kann. Für den im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau des Westbahnhofes stehenden Umbau der Stadtbahn-Haltestelle Mariahilfer Straße und für die Eindeckung des offenen Einschnittes ist ein auf die Verkehrsbetriebe entfallender Betrag von 1,750.000 S vorgesehen, der in Kürze der Verwendung zugeführt werden wird.

Weitere dringliche Investitionen konnten wegen Geldmangel in den Investitionsplan von 1951 noch nicht aufgenommen werden, darunter eine Schleifenanlage in Rodaun, der Plan der Unterführung der Lastenstraße, der Bau der Fahrleitung für den Obus-Betrieb nach Klosterneuburg, die Fertigstellung von 8 Obussen, der Ankauf von 10 Steyr-Autobussen, die Wiederherstellung der Donaukanal- und Gürtellinie nach Heiligenstadt usw.

Wie notwendig besonders im Straßenbahnbetrieb die Anschaffung neuer Wagen sein wird, ergibt sich daraus, daß 2.839 betriebstauglichen Wagen im Jahre 1937 (1.229 Triebwagen und 1.610 Beiwagen) 2.180 betriebstaugliche Wagen (920 Triebwagen und 1.260 Beiwagen) im Jahre 1951 gegenüberstehen werden; es besteht also eine Differenz von 309 Triebwagen und 350 Beiwagen.

Es wird auch zu überlegen sein, inwieweit es notwendig und zweckmäßig ist, den Straßenbahnverkehr auf bestimmten Linien durch Autobus bzw. O-Busverkehr abzulösen. Dies wird sich vor allem auf solchen Linienführungen ergeben, wo die schienengebundene Elektrische bereits zu einem Verkehrshindernis geworden ist und daher durch eine beweglichere Verkehrsmöglichkeit abgelöst werden muß. Eine derartige Notwendigkeit wird sich in erster Linie für den 3er und 13er Wagen ergeben. Der nach wie vor beschränkte Wagenpark ist auch der Grund, warum neue Linienführungen oder die Wiederherstellung bestehender Linien nicht vorgenommen werden kann. Nichtsdestoweniger ist für das Jahr 1951 geplant, den 37er und den 40er involler Länge wiederherzustellen und die Linie L bis Meidling zu verlängern.

Im Autobusverkehr ist neu mit den Linien 28 und 29 zu rechnen, die eine wird von der Stadtbahnstation Meidling-Hauptstraße nach Liesing **geführt**, die andere ebenfalls von dort nach Inzersdorf. Eine neue Autobuslinie ist nach Groß-Jedlersdorf geplant. Von den noch fehlenden Linien der Inneren Stadt kann im Jahre 1951 äußerstenfalls die Linie 6 in Erwägung gezogen werden. (Gersthof-Karlsplatz.)

Im Fasching soll zu den bestehenden Nachtautobuslinien versuchsweise noch die Linie C (Stephansplatz-Hernals, Wattgasse) und Linie E (Stephansplatz-St. Marx) hinzukommen. Außerdem sollen an Samstagen im Anschluß an den bestehenden Innerstadtautobusverkehr noch einige Linien von 20 Uhr bis zum Beginn des Nachtautobusverkehrs betrieben werden.

Da sich die Anfragen, Anregungen und Wünsche aus dem Publikum hinsichtlich der Verkehrsbetriebe sehr häufen, werden in Zukunft allgemein interessierende Verkehrsprobleme in der Presse unter dem Titel "Die Straßenbahn antwortet" besprochen werden. Dadurch wird hoffentlich in der Wiener Bevölkerung die Überzeugung wachgerufen und gestärkt, daß die Straßenbahn alles in ihrer Macht stehende tut, um den Interessen des fahrenden Publikums so weit wie möglich entgegenzukommen.

An Investitionen für die Wiener Stadtwerke sind im Wirtschaftsplan für 1951 rund 255,9 Millionen Schilling und 66,7 Millionen Schilling für die Behebung der Kriegsschäden vorgesehen, zusammen also rund 322 Millionen Schilling, von denen allerdings rund 64 Millionen Schilling vorderhand gesperrt werden müssen. Unter Berücksichtigung dieser Sperrungen ergibt sich ein Gesamtinvestitionsansatz, der geeignet ist, die Wirtschaft in fühlbarem Maß zu beleben und damit einen wesentlichen Beitrag für die Vollbeschäftigung zu leisten. Von 1945 bis 1950 wurden insgesamt 532,8 Millionen Schilling für Investitionen und Kriegsschadenbehebung aufgewendet, für letztere allein rund 199,7 Millionen. Im Jahre 1952 sollen für die Kriegsschadenbehebung 15,6 Millionen, 1953 13,2 Millionen und 1954 12,3 Millionen Schilling in Ansatz gebracht werden. Mit der restlosen Kriegsschadenbehebung beim Gaswerk ist im Jahre 1953 zu rechnen, bei den Verkehrsbetrieben, die am schwersten getroffen wurden, bis 1954 und beim E-Werk wird es nur bis 1952 dauern. Für die Verkehrsbetriebe sollen in den Jahren 1952, 53 und 54 insgesamt 300 Großraumwagen angeschafft werden.

Im Wirtschaftsplan 1951 werden für die Tilgung der Anleihen 5,8 Millionen Schilling in Ansatz gebracht. Auf die 4prozentige Wiener Anleihe vom Jahre 1940 entfallen allein 4,683.000 Schilling.

Der Finanzplan der Stadtwerke sieht ein Gelderfordernis von 504 Millionen Schilling vor, wobei eine große Belastung auf die Entnahme aus der Rückstellung für Versorgungsverpflichtungen des aufgelösten Unterstützungsvereines der Angestellten und Bediensteten des E-Werkes zurückzuführen ist. Für die Bedeckung des Gebarungsabganges 1951 sind rund 78 Millionen Schilling erforderlich.

Die Geldbedeckung beläuft sich auf insgesamt 440,9 Millionen Schilling, davon für Abnutzung 62 Millionen, Rückstellung für Versorgungsverpflichtungen 223,5 Millionen, aus frei verfügbaren Kassenbeständen 106 Millionen Schilling. Ein Betrag von rund 64 Millionen Schilling erscheint vorläufig nicht gedeckt und müßte gesperrt werden. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß das Geldfordernis zu 87,3 Prozent gedeckt ist. Das ungedeckte Geldfordernis von 64 Millionen Schilling bleibt vorläufig als Fehlbetrag gesperrt und müßte allenfalls durch Kreditoperationen gedeckt werden. Hier kommen auch ERP-Darlehen und solche des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau aus dem Wiederaufbaufonds in Betracht. Nach Maßgabe der im Jahre 1951 tatsächlich verfügbaren Mittel wird die Freigabe des vorläufig gesperrten Teiles des Geldfordernisses über Antrag der Wiener Stadtwerke durch den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe II erfolgen.

Das Brauhaus der Stadt Wien

Stadtrat Dkfm. Nathschläger teilt mit, daß das Brauhaus der Stadt Wien für 1951 einen Verlust von 7,055.000 Schilling veranschlagt hat.

Für das Wirtschaftsjahr 1951 wird mit einer Biererzeugung von rund 140.000 Hektoliter und einem Verkauf von 130.000 Hektoliter gerechnet. Der Referent stellt fest, daß der Bierpreis trotz des Nachziehverfahrens, des Lohn- und Preisabkommens und der großen Preissteigerungen der wichtigsten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe unverändert geblieben ist und derzeit für das Faß 219,52 S beträgt. So stieg zum Beispiel die Gerste um rund 67 Prozent, der Hopfen um 98,9 Prozent, die Kohle um 15 Prozent usw. Diese Verteuerungen, die einen Mehraufwand von rund 9 Millionen Schilling verursachen, sind für den hohen Verlust des Brauhauses ausschlaggebend. Eine ausgeglichene Erfolgsrechnung kann erst nach einer Regelung des Bierpreises oder nach einer Preissenkung für die Rohstoffe erfolgen.

Die Städtische Bestattung

Im Jahre 1951 wird mit 24.600 Bestattungsfällen gerechnet, davon mit 1.500 durch Payer, Schmutzer & Co.. Weiter sorgt die Städtische Bestattung für die ordentliche Beerdigung von 1000 Verstorbenen, für welche die Hinterbliebenen die Kosten nicht aufbringen können. Bei der Bestattung wurden seit 1937 keine Preiserhöhungen durchgeführt. Der Personenstand hatte sich verringert, erfuhr jedoch durch die Übernahme der Firma Payer & Schmutzer wieder eine Erhöhung. Aus der Bestattung ist mit Einnahmen von 24,9 Millionen Schilling zu rechnen, ferner ist noch mit Einnahmen von Handelswarenleistungen, Nebenerlösen, Zinsen usw. zu rechnen, so daß sich die Summe der Einnahmen auf rund 27 Millionen Schilling belaufen wird. Der Reinertrag beträgt 100.000 S. An Investitionen sind 1,531.000 S vorgesehen, und zwar für die Anschaffung von drei Leichentransportwagen, für die Errichtung eines Bades im Zentralfriedhof, für den Bau von zwei Garagen in der Zentrale sowie für die Anschaffung von Trägeruniformen.

Auch die Gewista schließt in der Erfolgsrechnung mit einem Gewinn von 98.620 S ab. Das Unternehmen beschäftigt 73 Arbeiter und 24 Angestellte. Die Einnahmen betragen 5,820.000 S, die Aufwendungen 5,721.380 S. Der Referent weist besonders darauf hin, daß auch bei der Gewista die Anschlaggebühren nicht erhöht wurden. Die ursprünglichen Tarife sind auch heute noch im wesentlichen in Kraft. Da die Nachfrage nach Plakatierungsflächen in der Straßenbahn und Stadtbahn sehr groß ist, wurde eine Vereinbarung mit den Verkehrsbetrieben getroffen, nach der nunmehr in den Straßenbahn- und Stadtbahnwaggons 14 Plakattafeln montiert werden dürfen. Die Fenster werden dadurch nicht verstellt. Die Kosten für ungefähr 14.000 Tafeln werden rund 250.000 S ausmachen. Die monatliche Umsatzsteigerung wird mit 50.000 S angenommen.

Zum Abschluß seiner Ausführungen sprach Stadtrat Dkfm. Nathschläger allen Arbeitern, Angestellten, Ingenieuren und Direktoren der Unternehmungen seinen Dank für ihre Arbeit aus. Besonders hob er die mutige und tapfere Haltung in den Oktobertagen dieses Jahres hervor. Der Referent führt auch an, daß durch die Schaffung der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft der Stadtwerke auf vier Baustellen Wohnungen für 532 Familien geschaffen werden sollen. Besonders erwähnt Stadtrat Dkfm. Nathschläger, daß

das Programm der Stadtwerke auch beschäftigungsmäßig eine große Rolle spielt. Möge auch die Stadtverwaltung das ihre dazu tun, daß die Unternehmungen in einem fortschrittlichen und modernen Geist entwickelt werden können, damit sie allen Wienerinnen und Wienern das zu geben in der Lage sind, was man von kommunalisierten Betrieben mit Fug und Recht verlangt. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Die Spezialdebatte über die Städtischen Unternehmungen

In der Debatte sprach als erster Redner GR. Wicha (WdU). Er nahm zunächst zu den Ausführungen von Dr. Altmann in der Debatte zum X. Hauptstück Stellung, bei der der Redner des Linksblockes Beschimpfungen wie "Bagage" gebraucht habe. GR. Wicha stellte dazu fest, er habe vermißt, daß der Vorsitzende die nötigen parlamentarischen Gepflogenheiten geübt hat. Er nehme an, daß der Vorsitzende diese Ausdrücke nicht gehört habe, und stellte das Ersuchen, er möge im Stenographischen Protokoll nachlesen und dann mit den entsprechenden Mitteln diese Ausdrücke anprangern.

Auf die Städtischen Unternehmungen eingehend beschäftigt sich der Redner zunächst mit dem Personalstand und hebt hervor, daß der Aufwand dafür im Vergleich zur Hoheitsverwaltung ungleich größer ist.

Zu den Verkehrsbetrieben spricht GR. Wicha über verschiedene Mißstände, wie die langen Intervalle auf der Straßenbahn, die Einstellung der Linie D an Sonntagen und den Umstand, daß auf stärker befahrenen Linien mehrere Züge dicht hintereinanderkommen und dann eine längere Pause eintritt. Obwohl ein Großteil der Schaffner und Schaffnerinnen höflich ist, rege er doch an, im Interesse der Wiener und im Interesse der Fremden Kurse abzuhalten, in denen man den Bediensteten klar macht, wie wichtig es ist, sich einer außerordentlichen Höflichkeit zu befleißigen. Weiter ersucht der Redner den Amtsführenden Stadtrat, die Bezeichnung der Plätze für Kriegsinvalide und Körperbehinderte weiter beizubehalten.

Beim Brauhaus kritisiert GR.Wicha das Defizit, während andere Brauhäuser Gewinne abwerfen.

Zu der Städtischen Bestattung sagt der Redner, daß er die Zahl der voraussichtlichen Bestattungsfälle im Vergleich zu den tatsächlichen Sterbeziffern für zu niedrig halte. Die Städtische Bestattung könne mit mehr Bestattungsfällen rechnen als veranschlagt seien.

Er bemängelt auch, daß Brauhaus und Städtische Bestattung ihren Personalstand nicht ausweisen. Er stellt den Antrag, daß sämtliche Unternehmungen in Hinkunft auch den Personalstand getrennt nach aktivem Personen und nach Pensionsparteien ausweisen sollen.

Zum Schluß seiner Ausführungen anerkannte der Debatteredner der WdU, daß unter den schwersten Bedingungen, unter denen alle leben müssen, versucht wurde, das Möglichste zu erreichen. Er erklärte daher, daß seine Fraktion für die Vorschläge stimmen werde. (Beifall beim WdU.)

GR.Dr.Soswinski (LBl) behauptet, daß durch die Schaffung der Wiener Stadtwerke die wirkliche Gebarung der einzelnen Unternehmungen verschleiert wird. Er betont, daß diese Wirtschaftspläne nur eine Anhäufung von Ziffern sind. Es sei unmöglich, einen Einblick in die wirkliche Gebarungslage der einzelnen Unternehmungen zu gewinnen. Zwischen den Wirtschaftsplänen und den tatsächlichen Erfolgswiffern bestehe oft ein krasser Widerspruch.

An den Gaswerken interessiere die Wiener Bevölkerung am meisten der Gaspreis. Die beiden Regierungsparteien arbeiten auf der einen Seite auf eine Aufhebung der Subventionspolitik hin, auf der anderen Seite erkläre plötzlich der zuständige Stadtrat, er wisse nicht, was nach dem Wegfall der Stützung der Gaspreise Ende März mit den Gasterifen geschehen werde. Was ist das für ein grandioser Wirtschaftsplan, der die entscheidende Säule, die Ende März schon zusammenkracht, überhaupt nicht in Rechnung stellt?

Zur Verbesserung der Stromversorgung müßte die Stadt Wien ein brennendes Interesse an dem Weiterbau des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug haben. Die Investitionen zum Ausbau der österreichischen Energiewirtschaft werden aber vorwiegend im Westen vorgenommen. Während die Gemeinde Wien die Strompreise ins Untragbare steigern, werde österreichischer Strom von den Vorarlberger Illwerken sozusagen gratis ins Ausland geliefert. Dieser österreichische Strom solle dazu dienen, um die Ruhrindustrie aufzurüsten.

Der Redner kritisiert weiter die äußerst langsam vor sich gehende Umstellung des Wiener Stromnetzes auf Drehstrom. Bei dem derzeitigen Tempo werde es wahrscheinlich ein halbes Jahrhundert dauern, bis alle Häuser mit Drehstrom ausgestattet sind. Es sei förmlich ein Totospiel, welcher Häuserblock als nächster daran komme, denn eine Planung sei nirgends vorgesehen.

Wien werden wahrscheinlich eine der letzten europäischen Großstädte sein, die eine Untergrundbahn bekomme. Freilich könne man ein solches gigantisches Bauvorhaben nicht aus dem Stadtbudget durchführen, sondern man müsse wie in den Oststaaten die ganze Kraft des Volkes zur Lösung eines solchen Problems heranziehen. Der Redner kommt hierbei auf den Wiederaufbau von Warschau zu sprechen, der gigantische Fortschritte mache. (GR. Adelpoller: Mit Hilfe unserer Gefangenen und mit Hilfe dessen, was man aus Deutschland hinausgeschleppt hat!)

Dadurch, daß die Gaswerke das für die Kriegswirtschaft wichtige Toluol nach dem Ausland verkaufen, nehme die Gemeinde Wien aktiven Anteil an den Kriegsprofiten und beteilige sich durch ihre Unternehmungen an den Kriegsrüstungen.

Da es sich bei den Wirtschaftsplänen der städtischen Unternehmungen nicht um Pläne für unsere Wirtschaft handle, werde der Linksblock gegen diese Pläne stimmen.

GR. Ing. Rieger erklärt, die Investitionen für die Stadtwerke im Betrage von 322,7 Mill. machen ungefähr soviel aus, wie für den gesamten Wohnbau der Gemeinde Wien ausgegeben wird. Das zeigt, daß nicht nur das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien, sondern darüber hinaus gerade das Investitionsprogramm der Stadtwerke einen wesentlichen Anteil an der Vollbeschäftigung haben. Dieses Inve-

stitutionsprogramm hat lediglich den Fehler, daß ca. 64 Mill. derzeit noch gesperrt sind. Es ist aber zu hoffen, daß es im Laufe des Budgetjahres gelingen wird, diese Sperren aufzuheben.

Der aktivste Hauptpfeiler unserer Stadtwerke sind die E-Werke mit einem Gesamtertrag von 426 Millionen. Leider ist der an die Wiener Bevölkerung abgegebene Strom zum Großteil nicht aus den Werken der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt. 51,6 % müssen aus dem Verbundnetz bezogen werden, nur 48,4 % sind Eigenstrom, und davon sind 39,3 % kalorischer und nur 9,1 % hydraulischer Strom. Das Investitionsprogramm sieht 145 Mill. vor, und es sind auch keine Sperren in Aussicht genommen. Das E-Werk Simmering ist wieder am meisten an dem Investitionsprogramm beteiligt. Es ist aber im E-Werk Simmering noch Platz für die Verdoppelung der nunmehr vorgesehenen Anlagen, doch bedarf dies noch eines Aufwandes von 100 bis 120 Millionen. Dazu kommen noch die Modernisierungswünsche des E-Werkes Engerthstraße, das in den letzten Jahren etwas als Stiefkind behandelt wurde, dem aber auch größere Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Leider sind die Wasserkraftwerke nur mit 9 % am Stromaufkommen Wiens beteiligt. Wien müßte endlich mit einem hydraulischen Kraftwerk verbunden werden, das die derzeitigen Leitungs- und Umspannverluste von 20 bis 25 % wesentlich heruntersetzt. Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Donauhafens sollte auch erreicht werden, daß die Donau im Bereiche Wiens zu einer Kraftwasserstraße ausgebaut wird.

Für die Umschaltung auf Drehstrom sind 4,5 Mill. S vorgesehen. Derzeit sind noch ca. 40 % der Wiener Häuser mit Gleichstrom versorgt. Es ist nicht Aufgabe dieses Programms, die endgültige Umschaltung auf Drehstrom durchzuführen, sondern es soll mit diesem Betrag lediglich in Verbrauchsschwerpunkten die Stromversorgung auf Drehstrom umgestellt werden, um nicht das veraltete Gleichstromnetz mit neuen Verbrauchern zu belasten.

Erst dann kann an eine endgültige Liquidierung des Gleichstromnetzes gedacht werden. Redner verweist in dem Zusammenhang darauf, daß die "Elektrogemeinschaft" unverzinsliche Kredite für die Anschaffung von Drehstromgeräten zur Verfügung stellt.

Während der Ertrag aus der Gasabgabe für das kommende Jahr mit ca. 165 Millionen Schilling präliminiert ist, ist der Erlös aus den Nebenprodukten - Koks, Teer, Benzol etc. - mit 177 Millionen eingesetzt. Die Gaswerke werden so immer mehr zu einer chemischen Fabrik. Für den Ausbau des Rohrnetzes sind 4,5 Millionen vorgesehen, 3,5 Millionen sind für Erneuerungen veranschlagt, und so ist zu hoffen, daß das Gasnetz Wiens baldigst wieder in Ordnung gebracht ist und der Verkehr nicht mehr länger durch die dauernden Reparaturen behindert wird.

Die Verkehrsbetriebe führen diese Bezeichnung bisher zu Unrecht, sie sind eigentlich nur eine Tramwaygesellschaft. Bei der Straßenbahn und Stadtbahn sind 490 Millionen Fahrgäste präliminiert gegenüber nur 30 Millionen bei Autobussen und O-Bussen. Die Straßenbahn ist leider noch das Hauptverkehrsmittel, nur 17 % der Gesamtkilometerfahrleistung werden von der Stadtbahn erbracht. In allen modernen Großstädten ist aber der Zug: Massenverkehrsmittel weg von der Straße. Dieses Problem ist aber in der Vergangenheit zu wenig berücksichtigt worden. Die Stadtbahn ist praktisch kein Schnellverkehrsmittel, sondern eine nur von der Straße wegverlegte Straßenbahn, die nicht die nötige Geschwindigkeit aufbringt, die Massen wirklich raschest an ihre Arbeitsstätten zu bringen. Redner tritt für eine Erweiterung des Gesamtnetzes der Stadtbahn, für ihre Modernisierung und vor allem für die Projektierung einer U-Bahn ein, mit den Linien: I Mauer-Hietzing-Oper-Prater, II Währing und Hernals - Schottenring - Simmering - Zentralfriedhof und III. Floridsdorf - Favoriten.

Abschließend erklärt der Redner, seine Fraktion ist mit den Ansätzen für das nächste Jahr zufrieden und wird für diese Gruppe stimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Gemeinderätin Marie Jacobi (SPÖ) erklärt, zu den wichtigsten Aufgaben einer sozial geführten Gemeindeverwaltung gehöre nicht nur eine ausgedehnte Wohlfahrtspflege und der soziale Wohnhausbau, sondern auch die Zurverfügungstellung der gesamten Energiequellen. Es kann festgestellt werden, daß der Wiederaufbau der Monopolbetriebe in einem Ausmaß gelang, das uns größte Achtung abringen muß. Im Namen ihrer Fraktion dankt sie allen Bediensteten und Angestellten der Unternehmungen für ihre hervorragenden Leistungen. (Beifall.)

Wenn im Laufe der Beratungen von Seiten der Kommunisten mit Bedauern festgestellt wurde, daß wir sechs Jahre nach Kriegsende noch Kriegsschäden beheben müssen, so kann nur gesagt werden, daß es eine ungeheure Leistung ist, daß wir im Verhältnis zur Größe der Schäden, in so kurzer Zeit bei so wichtigen Betrieben wie E-Werk und Gaswerke keine Kriegsschäden mehr haben. Wir wissen, daß es gerade die Kommunistische Partei immer versucht, die Leistungen unseres Landes herabzusetzen, statt als Österreicher und Wiener auf unsere Leistungen stolz zu sein. (Starker Beifall bei der SPÖ.) Die Rednerin weist darauf hin, daß die Verkehrsbetriebe die ärgsten Schäden hatten und daß zwei Drittel des Wagenparkes nicht betriebsfähig waren. Mit Ende des Jahres 1950 sind fast 60 Prozent der Gesamtschäden der Verkehrsbetriebe behoben.

Zu den Ausführungen des GR. Ing. Rieger (ÖVP) über den zu geringen Ausbau des Autobusnetzes und den Bau einer Untergrundbahn erklärt GR. Marie Jacobi, daß sich bereits Fachmänner mit diesen Problemen beschäftigt haben. Sie kamen zu dem Schluß, daß solange man den meisten Verkehr oben auf den Straßen abwickeln muß, die Einführung von Autobussen statt der Straßenbahn große Verkehrsschwierigkeiten verursachen würde. Sie erklärt, auch die Sozialisten würden den Bau einer Untergrundbahn begrüßen, ein solches Projekt könne jedoch erst in Angriff genommen werden, wenn alle anderen großen Schäden beseitigt sind.

Die Rednerin spricht sodann von der Notwendigkeit, alle gemeindeeigenen Betriebe in den Stadtwerken zu vereinigen. Dies nicht zur Erzielung von höheren Gewinnen, sondern zu einer besseren wirtschaftlichen Führung dieser Betriebe.

Zu den vom Stadtrat Dkfm. Nathsohläger und auch vom Debatterredner als zu hoch bezeichneten Gebrauchsgebühren, die die städtischen Unternehmungen zu leisten haben, stellt GR. Jacobi fest, daß diese lediglich 1,6 Prozent der Gesamtbudgetsumme der Hoheitsverwaltung ausmachen. Sie erinnert daran, daß die an die Gemeinde abgeführten Gewinne zur Zeit Luegers 14 Prozent der Gesamteinnahmen betragen haben. Sie stellt fest, daß auch alle übrigen Betriebe dieser Stadt die Gebrauchsgebühren an die Gemeinde bezahlen müssen.

Die Rednerin weist darauf hin, daß nicht nur die Wiener Verkehrsbetriebe passiv sind, sondern daß dies sogar in Städten wie Paris, Rom, Stockholm, Zürich usw. der Fall ist. GR. Jacobi nimmt sodann zu den verlangten Kurzstreckentartarifen Stellung und erklärt, daß durch ihre Einführung, die auch sie begrüßt hätte, ein starker Frequenzrückgang bei den Vollzahlern auftreten würde. Dieser Rückgang müßte durch 75 Millionen zusätzliche Kurzstreckenfahrer und durch die Erhöhung der Langstreckentartarife hereingebracht werden. Aus diesem Grunde muß von der Einführung dieser Kurzstreckentartarife Abstand genommen werden. Als erfreulich bezeichnet sie die Einführung der Linie 37, 40 und die Verlängerung der Linie L und die Fertigstellung der bereits im Jahre 1947 bestellten 50 neuen Triebwagen und 90 neuen Weiwagen. Mit besonderer Freude habe sie die Einführung der neuen Autobuslinie nach Liesing zur Kenntnis genommen, die für die Industriearbeiter eine große Erleichterung sein wird.

GR. Maria Jacobi weist darauf hin, daß einige Stadtbahnstationen noch in sehr verwehrlosem Zustand sind. Hier müßten zu deren Wiederinstandsetzung größere Beträge sichergestellt werden.

Die Rednerin stellte mit Genugtuung fest, daß auch die restlichen 24.000 Pauschalabnehmer bei den Gaswerken im laufenden Jahr Gasmesser bekommen sollen. Im Zusammenhang mit dem Rückgang der Gasabnahme ersucht die Rednerin, die Gasgemeinschaft möge kleinere Anzahlungen und längere Ratenzahlungen einführen, um den vielen Familien, die eine Wohnung bekommen haben, die Einrichtung eines Badezimmers zu ermöglichen. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Jacobi beschäftigt sich dann mit den Ausführungen von GR. Dr. Soswinski, der den Gaswerken Kriegsprofite vorgeworfen hat. Als sie die Frage stellt, ob die Oststaaten und die Sowjetunion gar keine Mittel für Rüstungszwecke ausgeben, entspinnt sich ein Rededuell zwischen den Gemeinderäten der verschiedenen Fraktionen. GR. Schwaiger ruft: Dort werden nur Friedenstauben gezüchtet. GR. Dr. Matejka: Wer hat Euch denn die Freiheit gegeben? GR. Adelpoller: Von was?

Zu den Vorwürfen von GR. Dr. Soswinski, daß das Kraftwerk Ybbs-Persenbeug nicht ausgebaut wird, sagt die Rednerin, dies wäre schon längst geschehen, wenn die Besitzverhältnisse durch den Staatsvertrag geklärt wären. Wenn GR. Dr. Soswinski daran Anstoß nimmt, daß Strom nach Tirol ausgeliefert wird, dann teile die Rednerin seine Ansicht. Sie nehme aber auch daran Anstoß, daß das österreichische Erdöl nicht uns gehört. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) Als GR. Dr. Soswinski dem entgegnet, daß eine Beteiligung 50 zu 50 möglich gewesen wäre, kommt es wieder zu lebhaften Gegenrufen aus den Reihen der Sozialistischen Partei. GR. Sigmund ruft empört: Die eigenen Sachen soll man 50 zu 50 kaufen?

Bei den E-Werken bezeichnet es GR. Jacobi als eine erfreuliche Botschaft, daß die Wiener Dampfkraftwerke künftig mehr als bisher inländische Kohle verwenden wollen.

Die Rednerin spricht auch den Wunsch aus, daß sich die Techniker der E-Werke und Gaswerke damit beschäftigen sollen, wie man die Wiener Haushalte im verstärkten Maß technisieren könnte. Sie helfen damit nicht nur den Hausfrauen, sondern auch der Allgemeinheit. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Rednerin begrüßt es auch, daß die Städtische Bestattung heute noch die Tarife von 1937 unverändert beibehalten hat. Sie spricht in diesen Zusammenhang von der Haltung der ÖVP in der Frage der Kommunalisierung der Städtischen Bestattung, und verweist darauf, daß Lueger 1906 im Reichsrat die Kommunalisierung des Bestattungswesens verlangt hat. (GR. Pölzer: das war halt ein christlicher Sozi!)

Die Rednerin legt den Vertretern der Volkspartei nahe, sich die Worte des Bürgermeisters Lueger noch einmal durchzulesen, denn sie vergessen in diesem Zusammenhang oft, daß sie damit im Widerspruch stehen, wenn sie die Eingliederung der letzten sieben Privatbestattungen zu verhindern suchen.

Schließlich regt GR.Jacobi im Hinblick auf das Defizit des Brauhauses an, daß das Brauhaus der Stadt Wien alkoholfreie Getränke herstellen möge.

Zum Abschluß ihrer Ausführungen gab die Rednerin die Zustimmung ihrer Fraktion zu den Wirtschaftsplänen der Städtischen Unternehmungen.

Stadtrat Dkfm.Nathschläger erklärt in seinem Schlußwort zu der Klage des GR.Wicha wegen Überfüllung der Straßenbahnwagen, daß bei den Straßenbahnen leider keine Wagenreserve zur Verfügung stehe. Mit dem Eintritt der schlechten Jahreszeit mußten überdies noch 40 Beiwagen aus dem Verkehr gezogen werden, die nicht ersetzt werden konnten, so daß vorübergehend manche Straßenbahnzüge statt mit zwei nur mit einem Beiwagen fahren müssen. Der Höflichkeit des Straßenbahnpersonals messe man große Bedeutung zu und in den Schulungskursen für die Straßenbahnschaffner finden zu diesem Zwecke eigene Betriebspsychologen Verwendung. Den Antrag des GR.Wicha, daß die städtischen Unternehmungen in ihren Wirtschaftsplänen auch den jeweiligen Personalstand ausweisen sollen, empfiehlt Stadtrat Nathschläger zur Annahme.

Zu der Kritik des GR.Dr.Soswinski bezüglich der Gaspreispolitik bemerkt der Stadtrat, daß man derzeit bei bestem Willen nicht voraussehen könne, wie sich die Situation Ende März 1951 gestalten wird. Wenn die Subventionierung aus ERP-Mitteln tatsächlich abgebaut wird, dann müßte er, da er die Aufgabe habe, die Unternehmungen nach kaufmännischen Prinzipien zu führen, die entsprechenden Konsequenzen ziehen und, so leid ihm dies tue und so hart dies für die Wiener Bevölkerung sei, die Gaspreise einer entsprechenden Neuregelung zuführen. Es wäre unmöglich, ein hohes Defizit bei den Gaswerken weiter zu belassen und die Durchführung der notwendigen Investitionen zu gefährden. Die Bemerkung des GR. Dr.Soswinski, daß die Investitionspläne der städtischen Unternehmungen nicht ernst genommen werden könnten, müsse er auf das entschiedenste zurückweisen.

In den schweren und schwersten Jahren seit 1943 wurden immerhin für Investitionen 532 Millionen Schilling tatsächlich verbraucht.

Es mag sein, erklärt der Stadtrat weiter, daß die Errichtung einer U-Bahn in den Ländern des Ostens Staatsangelegenheit sei. Wie lebt aber in den Oststaaten der Arbeiter? Hat er einen Lebensstandard aufzuweisen wie in unserem schwer bedrängten Lande oder muß er nicht mehr arbeiten und sich mit weniger Lohn für seine Arbeit begnügen? Da wir der Meinung sind, daß der Arbeiter seinen entsprechenden Lohn bekommen muß, können wir diese Finanzierungsmöglichkeit nicht zustimmen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Zu dem beanstandeten Verkauf von Benzol und Toluol nach der Schweiz und anderen Weststaaten bemerkt der Stadtrat, daß Toluol und Benzol seit mehr als 10 Jahren von den Gaswerken laufend in der Schweiz abgesetzt werden. Es wäre ein Unding, diese seit Jahrzehnten bestehende Verbindung nicht auch weiterhin auszunützen. Gerade in der letzten Zeit seien infolge eines größeren Bedarfes im Inlande, der immer in erster Linie berücksichtigt werde, diese Exporte in das Ausland zurückgegangen. Bei dieser Gelegenheit wäre aber auch die Frage zu stellen, wo unser Öl hingeht und ob es nicht vielleicht auch zu Rüstungszwecken Verwendung finde.

StR. Dkfm. Nathschläger nimmt sodann zu den Ausführungen des GR. Ing. Rieger Stellung und erklärt, er hoffe als Optimist, daß die Ergebnisse der städtischen Unternehmungen im Jahre 1951 derart sein werden, daß zumindest ein Großteil der vorläufig gesperrten Investitionen zur Ausführung gelangen kann. Es wird auch schon in den städtischen Unternehmungen ein Gesamtplan für die Modernisierung bzw. Rationalisierung der E-Werke aufgestellt.

Die im Laboratorium der Gaswerke entwickelten bzw. ausprobierten Verfahren zur Gasentgiftung sind technisch noch nicht so weit gediehen, daß man sie in die Praxis umsetzen könnte. Das trifft auch für die übrigen Staaten zu. Die Zahl der Todesfälle, die auf Gasunfälle zurückzuführen sind, ist in den letzten Jahren ständig gesunken. Im Jahre 1947 waren es 489, 1948 266 - damals haben sich noch die Sperrzeiten tragisch ausgewirkt -, 1949 waren es nur mehr 121 und 1950 bis einschließlich November nur mehr 63.

Die U-Bahn ist die Voraussetzung für eine entscheidende Änderung des oberstädtischen Verkehrs. Wenn die Untergrundbahn nicht gebaut werden kann, dann bliebe nichts anderes übrig, als bei den derzeitigen Massenverkehrsmitteln, also vor allem der Straßenbahn, zu bleiben, was aber sicher nicht im Interesse der Bevölkerung gelegen wäre. Unter den gegenwärtigen Umständen wäre die Straßenbahn dem Autobus noch vorzuziehen. Sie ist und bleibt auch das billigste Massenverkehrsmittel, dann kommt der Obus und am teuersten ist der Autobus. Das Großprojekt einer U-Bahn würde Milliarden verschlingen, und man kann nur dann an ein solches herantreten, wenn die Verhältnisse in der Welt wieder normalisiert sind. Aber obwohl wir noch keinen Staatsvertrag haben, interessieren sich bereits Finanzkräfte des Auslandes für ein solches Projekt,

Im Investitionsplan für 1951 ist nicht nur die Wiederherstellung der Stadtbahnstationen Josefstädter Straße und Alser Straße enthalten, sondern auch noch Mittel für andere Stationen vorgesehen, insgesamt 1,760.000 S. Der Kurzstreckentarif auf der Straßenbahn kann derzeit nicht eingeführt werden, vielleicht wird es später wieder möglich sein.

Der Rückgang des Gasverbrauches bei den Haushalten ist vor allem darauf zurückzuführen, daß 1947 vielfach feste Brennstoffe noch nicht in entsprechendem Ausmaß vorhanden waren. Die Anregung der Frau GR. Jacobi auf Herabsetzung der Ratenzahlung und Anzahlung für Badezimmereinrichtungen und Gasgeräte ist zu begrüßen, und es ist auch an die verbilligte Anschaffungsmöglichkeit von Eiskästen für Haushalte gedacht, womit auch eine Erhöhung des Absatzes erzielt werden kann.

Auch Erdgas wird in größerer Menge für Heizzwecke, bzw. als Beimischung zum Stadtgas verwendet. Doch wurden von Seiten der Ferngas A.G., die sich in russischen Händen befindet, sehr erhebliche Preisforderungen gestellt, die, wenn auch unter Protest, bewilligt werden müssen, um weiterhin das Erdgas zu erhalten.

Die Kommunalisierung der letzten sieben Bestattungsbetriebe ist keine Streitfrage, sie ist in Parteienverhandlungen zwischen den beiden großen Parteien vereinbart worden. Das heißt aber nicht, daß sie schon in den nächsten Monaten kommunalisiert werden müssen.

Abschließend bittet der Referent nochmals, die Ansätze der Geschäftsgruppe XI bzw. die Wirtschaftspläne der Unternehmungen und Betriebe zu genehmigen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten angenommen, ebenso der Beschlusantrag des GR. Wicha.

Im Anschluß an die Erledigung des Budgets wurden zwei auf der Tagesordnung des Gemeinderates stehende Geschäftsstücke, eine Änderung des Kollektivvertrages für die Angestellten des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien und die Gründung der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Wiener Stadtwerke, ohne Debatte angenommen.

Hierauf referierte Vizebürgermeister Honay (SPÖ) über die Neufestsetzung des Wochenbeitrages der Schülerausspeisung, des Beitrages in den Kindergärten und des Besuchsgeldes für die Krippen. Er erklärt, daß derzeit 29.000 Schulkinder für die Ausspeisung angemeldet sind und daß dieser Beitrag seit 1947 nicht verändert wurde. Bisher betrug er 2.10 S pro Kopf und Woche. Durch die Kürzung der UNICEF-Lebensmittelzuschüsse und die allgemeinen Steigerungen des Aufwandes ist eine Erhöhung auf 3.30 S pro Teilnehmer und Woche notwendig geworden. Die Gemeindeverwaltung muß zu dieser Aktion außerdem einige Millionen Schilling zuschießen.

Der Beitrag für die Ausspeisung in den Kindergärten, es handelt sich hier um die ganztägige Ausspeisung von rund 8.000 Kindern, ist seit 1949 unverändert. Er soll von 7.50 S pro Woche auf 9.50 S und für fünf Tage auf 8.- S erhöht werden. Die Kinder, die in öffentlichen und privaten Anstalten verpflegt wurden, haben bisher sowohl von der UNICEF, als auch vom Bund und der Gemeinde Lebensmittel zugewiesen bekommen.

Diese Quoten mußten etwas gekürzt werden und der Wochenbeitrag wird daher von 27 Groschen auf 25 Groschen ermäßigt.

Der Elternbeitrag für die Säuglings- und Kleinkinder-Krippen wird von 13.- S auf 20.- S pro Woche erhöht.

Vizebürgermeister Honay erklärt, daß diese Erhöhungen keine besondere Belastung für die Eltern bedeuten, da ja die Kinderzulagen anlässlich des 4.Lohn- und Preisabkommens gleichfalls erhöht wurden. Außerdem werden in berücksichtigungswürdigen Fällen Ermäßigungen und Freiplätze gewährt. Von den 37.000 angemeldeten Kindern sind etwas über 12.000 Freiplätze. Als Elternbeitrag für die Schülerausspeisung im Jahre 1951 sind im Budget 3,3 Millionen Schilling angesetzt, der Beitrag der Gemeinde Wien wird 2,3 Millionen Schilling betragen. Der Referent bittet um die nachträgliche Genehmigung dieser Gebührenaufsetzung.

GR.Lauscher (LBl) nimmt gegen diese Erhöhungen Stellung, da sie eine ungeheure Belastung des Arbeiterhaushaltes zur Folge haben. Er erklärt die Erhöhung der Schülerausspeisung um 57 Prozent, die der Beiträge für die Ausspeisung in den Kindergärten und Horte und 27 Prozent und die Erhöhung der Besuchsgelder für die Säuglings- und Kleinkinder-Krippen um 54 Prozent als viel zu hoch. Seine Fraktion könne diesen Erhöhungen nicht zustimmen.

Vizebürgermeister Honay erklärt zu den Ausführungen von GR.Lauscher, daß, wenn dieser die Erhöhung schon in Prozenten ausgerechnet hat, er sagen müsse, daß die Kinderzulage durch das 4.Lohn- und Preisübereinkommen um 60 Prozent gestiegen ist. Er bittet daher um die Annahme.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen.

Bürgermeister Körner übernimmt den Vorsitz und teilt mit, daß sich GR.Wicha beschwert hat, weil er, als von GR.Dr.Altmann während seiner Rede das Wort "Bagage" gebraucht wurde, keinen Ordnungsruf erteilt hat.

Der Bürgermeister rügt diesen Ausdruck auf das schärfste und erklärt, daß in einer vernünftigen Debatte solche Ausdrücke nicht Platz greifen dürfen.

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) referierte unter einem über vier Geschäftsstücke, die alle Neuregelungen von Tarifen und Gebühren in der Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, betreffen. Die Geschäftsstücke wurden bereits vom Stadtsenat nach § 99 der Gemeindeverfassung genehmigt. Es handelt sich im einzelnen um die Tarife der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt, um die Neufestsetzung der Gebühren für Privatdesinfektionen, die Neufestsetzung der Verpflegskosten in den Wiener städtischen Altersheimen, Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke und in den Jugendfürsorgeanstalten, sowie um die Tarifänderung für die ambulatorische Behandlung von Krankenkassenmitgliedern in den Ambulatorien der Wiener städtischen Krankenanstalten. Der Referent betonte, daß alle diese Erhöhungen gewissenhaft überprüft und sachlich begründet sind. Er ersuchte den Wiener Gemeinderat, diesen Geschäftsstücken die nachträgliche Genehmigung zu erteilen.

GR. Dr. Soswinski (LBL.) wendet sich gegen die Häufung von § 99-Entscheidungen und stellt fest, daß in letzter Zeit mit seltenen Ausnahmen alle Erhöhungen durch einen § 99-Beschluß in Kraft getreten sind. Erst jetzt sind auch wieder die Friedhofstarife mit § 99 genehmigt worden.

Zum Abschluß seiner Ausführungen weist der Redner darauf hin, daß alle vier Geschäftsstücke zu den Belastungen gehören, die sicherlich nicht beim 4. Lohn- und Preisabkommen abgegolten wurden. Da es sich hier also wieder um eine Belastung der Bevölkerung handelt, lehnte er im Namen seiner Fraktion diese Erhöhungen ab.

GR. Doppler (WdU) wendet sich gleichfalls dagegen, daß man im Wiener Gemeinderat immer wieder Erhöhungen bloß zur Kenntnis nehmen muß. Es kommt dazu, daß die Minderheit ganz einfach vor die vollendete Tatsache gestellt wird.

Im folgenden spricht der Redner über die von ihm seinerzeit schon geäußerten Befürchtungen zum 4. Lohn- und Preisabkommen und spricht die Vermutung aus, daß diese Tarifierhöhungen vielleicht schon einen Vorgriff auf ein neues Lohn- und Preisabkommen bedeuten.

Auch er versagte im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu diesen Geschäftsstücken.

Vizebürgermeister Weinberger versichert in seinem Schlußwort zunächst dem zweiten Debattenredner, daß keiner nächsten Erhöhung vorgegriffen wurde, sondern auch mit diesen heute zu beschließenden neuen Tarifen nicht das hereingebracht wird, was die Gemeinde dafür wirklich leistet. Es mußte vielmehr versucht werden, einen bescheidenen Teil nicht nur der Erhöhungen aus dem 4.Lohn- und Preisabkommen, sondern auch aus den Belastungen durch das Nachziehverfahren hereinzubringen.

Er betonte, daß auch er kein Freund der vielen § 99-Erledigungen sei, doch mußte in allen diesen Fällen rasch beschlossen werden. Er stellte fest, daß bei den Ausschußsitzungen sowohl Vertreter des Linksblocks als auch der WdU anwesend sind. Auch ihm machen solche Erhöhungen keine Freude. Im Hinblick auf die Notwendigkeit der Neuregelungen ersuche er jedoch um die Annahme der Anträge.

Bei der Abstimmung werden die vier Geschäftsstücke ohne die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen.

Freifahrtscheine an Arbeitslose

GR. Skokan (ÖVP) referierte sodann über einen Antrag des Stadtssenates auf Ausgabe von Arbeitslosenfahrtscheinen für Fahrten zu den Melde- und Zahlstellen sowie zu den zugewiesenen offenen Stellen und für den Besuch von Nach- und Umschulungskursen. Diese Arbeitslosenfahrtscheine, die vom Landesarbeitsamt Wien ausgegeben werden, berechtigen zur Hin- und Rückfahrt am selben Tage. Die Kosten werden zu 60 Prozent vom Sozialministerium und zu 40 Prozent von den Verkehrsbetrieben getragen.

Der Berichterstatter erinnerte daran, daß solche Arbeitslosenfahrtscheine bereits in der ersten Republik in Geltung waren und daß die Gemeinde Wien damals in 12 1/2 Jahren einen Verdienstentgang von rund 62 Millionen Schilling auf sich genommen hat.

GR. Lauscher (LBl.) verwies darauf, daß die Kommunisten bereits im März 1947 in einer Anfrage und im Juli 1949 in einem Antrag die unentgeltliche Abgabe von Arbeitslosenfahrtscheinen gefordert hatten. Es mußten also fast 4 Jahre verstreichen, bis die Arbeitslosen in Wien endlich zu ihren Gratisfahrtscheinen

kommen. Diese Arbeitslosenfahrscheine werden allerdings nur bei Entfernungen über 3 km ausgegeben und die Arbeitsämter nehmen diese Bestimmung sehr genau. Die Gemeindeverwaltung möge daher im Einvernehmen mit dem Sozialministerium die Abschaffung dieser unbilligen Härte veranlassen.

Auch GR. Wicha (WdU) erinnerte daran, daß seine Fraktion den Antrag gestellt habe, den Arbeitslosen Freifahrscheine zu bewilligen. Er regte an, den Legitimationszwang beim Vorweisen des Arbeitslosenfahrscheines abzuschaffen, denn es sei nicht notwendig, daß alle Umstehenden sehen, daß es sich bei dem Fahrgast um einen Arbeitslosen handelt.

GR. Adelpoller (SPÖ) erklärte, den Sozialisten sei das Arbeitslosenproblem zu heilig, als daß sie es zu politischen Spiegelfechtereien nehmen. Es heiße offene Türen einrennen, wenn man darüber lizitiere, wer früher oder später einen Antrag gestellt habe, um den Arbeitslosen zu helfen. Wenn weder die Kommunisten noch die Nationalsozialisten gewesen wären (Ing. Pirker: Ich bin kein Nationalsozialist!), so gebe es wahrscheinlich in unserer Stadt kein Arbeitslosenproblem. Wären in Wien nicht 100.000 Menschen, die Arbeit suchen, aus dem Paradies der Volkdemokratie zugewandert, dann hätten wir in Wien keine Arbeitslosen. Es wird selbstverständlich unsere Sorge sein, die Arbeitslosen wegzubringen, damit die Opposition von der linken und von der rechten Seite keine Möglichkeit mehr hat, mit dieser Frage krebzen zu gehen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Einführung von Arbeitslosenfahrscheinen einstimmig angenommen.

Schließlich erstattet Stadtrat Mandl den Bericht über Subventionen für kulturelle Vereinigungen 1950. Eine Anzahl von Organisationen und Institutionen erhalten Subventionen im Gesamtbetrag von 99.000 S. Bei den Subventionen, die einen Betrag von 500 S nicht übersteigen, handelt es sich um Mitgliedsbeiträge der Gemeinde Wien. Eine Reihe von Gesellschaften legt Wert darauf, daß Vertreter der Gemeinde Wien in ihrem Vorstand vertreten sind, weil sie sich dadurch eine gewisse ideale Unterstützung erwarten. Der Referent bittet, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

GR. Dr. Matejka (LBl.) bemängelt, daß ein Großteil der

kulturellen Subventionen fast am letzten Tag des Jahres bewilligt wird. Wer wirklich die ernste und aufopferungsvolle Tätigkeit kultureller Institutionen kennt, weiß, daß es ihnen sympathischer wäre, spätestens Mitte des Jahres mit solchen Subventionen rechnen zu können. Man weiß, daß diese Beträge einerseits nach sachlichen, also wirklich kulturellen, andererseits nach politisch-koalitionsmäßigen Gesichtspunkten verteilt werden. Und da ist zweifellos im Verlaufe des ersten Halbjahres Zeit genug, sich darüber handelseins zu werden, und die Subventionen rechtzeitig auszusahlen.

Schließlich verweist der Redner darauf, daß es zweckmäßig wäre, an die Subventionen bestimmte Bedingungen zu knüpfen, da viele dieser Institutionen gerade auf künstlerischem Gebiet hinter unserer Zeit zurückbleiben.

Er bespricht noch die Vergebung von Subventionen an einzelne Organisationen und erklärt, daß trotz Einschränkungen und kritischer Bemerkungen seine Fraktion für diese Subventionsliste stimmen wird, weil sie sich nicht etwa den Vorwurf zuziehen will, verhindert zu haben, daß so und so viele Vereine eine entsprechende Subvention von der Stadt Wien bekommen.

Stadtrat Mandl erklärt in seinem Schlußwort, daß es sich um die dritte Liste handelt, die sozusagen den Abschluß der gesamten im abgelaufenen Jahr vergebenen Subventionen bildet. Es ist selbstverständlich, daß die Organisationen überprüft und über ihre Tätigkeit immer Bericht erstattet wird.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Schlußwort des Bürgermeisters

Neujahrsgrüße an die Wiener Bevölkerung

Abschließend richtet Bürgermeister Körner einige Worte an den Gemeinderat. Er sagt u.a.: "Mit dem Voranschlag für 1951 hat der Gemeinderat die größte Arbeit geleistet, die notwendig ist, um die Richtung der Verwaltung für das nächste Jahr zu bestimmen und um den Aufbau zu fördern und zu dirigieren. Es obliegt mir daher, als Bürgermeister, Ihnen allen, den Herren Gemeinderäten und Frauen Gemeinderätinnen, aufrichtig für die mühevollen und verantwortungsvollen Arbeit zu danken, die in den Ausschüssen, im Gemeinderat und bei vielen sonstigen Gelegenheiten geleistet wurde."

Der Voranschlag ist von beiden Mehrheitsparteien nach sorgfältiger und gründlicher Vorarbeit und Überlegung und bei Berücksichtigung aller Kritiken eingebracht worden. Selbstverständlich kommt jetzt die Zeit, wo die Mitglieder des Gemeinderates die Verwaltung in dem Sinne führen und kontrollieren müssen, in dem der Voranschlag die Richtung gegeben hat; hier bitte ich Sie um dieselbe aufopfernde Mitarbeit wie bisher.

Natürlich möchte ich allen Beamten, die den Voranschlag im Detail bearbeitet haben, ganz besonders danken, denn sie haben auch die meiste aufopfernde Tätigkeit entfaltet. Wenn hier während der Debatte über Beamte gesprochen wurde und bestimmte Beamte mit Namen genannt oder gar abfällig beurteilt wurden, ist dies unfair und nicht richtig, denn diese Beamten können sich hier nicht verteidigen. Als Vorsitzender des Magistrates sage ich Ihnen, der Magistrat besteht aus dem Bürgermeister und den Amtsführenden Stadträten, den Beamten und deren Hilfsorganen, die ja die Weisungen ihrer Amtsführenden Stadträte durchführen. Wenn also eine Kritik gegen einen Beamten fällt, wollen Sie diese an den verantwortlichen Amtsführenden Stadtrat oder an mich richten. Ich kann Ihnen versichern, daß ich bei allen Anzeigen und Zeitungskritiken der Sache nachgehe ohne Rücksicht welche Verwaltungsabteilung das betrifft, und ich kann nur feststellen, daß ein sehr, sehr guter Geist in der Beamtenschaft herrscht, daß sie selbstlos arbeitet - kleine Ausnahmen gibt es natürlich in solch einem riesigen Verwaltungskörper - und daß wir ihnen allen zu Dank verpflichtet sind. Der Beamtenapparat muß freudig arbeiten können, muß Freude und Selbstaufopferung aufbringen, und das kann er nur, wenn er von Ihnen die notwendige Anerkennung findet, die ich hoffe, daß Sie ihm auch zollen. (Allgemeiner Beifall.) Gegen die wiederholte Kritik, daß es viele Personen da seien, die abzubauen wären, möchte ich sagen, daß an einzelnen Stellen zu viel sind, an vielen Stellen aber zu wenig Beamte. Wenn ein Zwei-Milliarden-Budget zu verwalten ist, erfordert dies in mancher Hinsicht eine Vermehrung von Beamten gegenüber früher. Wir haben eben andere Verhältnisse.

Ich danke auch der Presse und den Stenographen ganz besonders,

28. Dezember 1950 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2409

die bei den langen und stürmischen Reden die Leidtragenden waren. (Beifall im ganzen Haus.)

Zum Schluß möchte ich noch aus voller Überzeugung, die mir mein Alter erlaubt, sagen, daß es eine Freude ist, in Wien die Verwaltung zu übersehen und die Arbeit aller, die in dieser Verwaltung arbeiten: der Arbeiter, Angestellten, Beamten und ganz besonders von Ihnen allen, den Mitgliedern des Gemeinderates. Ich bin vollkommen überzeugt und lasse mir diesen Glauben nicht rauben, daß jeder einzelne von Ihnen das Beste für die Bevölkerung Wiens will. Jeder in der Richtung, die er zu vertreten verpflichtet ist. Ihnen allen danke ich! Ich wünsche allen Ruhe und Erholung bis zum Neuen Jahr und hoffe, daß wir uns wieder in gemeinsamer, ehrlicher, fleißiger Arbeit für die Bevölkerung von Wien zusammenfinden. Ich wünsche Ihnen und allen Wienern im neuen Jahr recht viel Glück und Erfolg!

Nach den Worten des Bürgermeisters erheben sich alle Abgeordneten von ihren Plätzen; lang anhaltender Beifall erfüllt den großen Saal. Die Gemeinderäte Lötsch, Mühlhauser, Lauscher und Wicha gratulieren dem Bürgermeister im Namen ihrer Fraktionen.

(Damit wurde die Sitzung um 18.45 Uhr geschlossen. Im Anschluß fand noch eine kurze vertrauliche Sitzung statt.)

Rindermarkt vom 28. Dezember, Nachmarkt
=====

28. Dezember (Rath.Korr.) Unverkauft waren: 8 Ochsen, 15 Stiere, 24 Kühe, Summe 47. Neuauftrieb Inland: 13 Ochsen, 1 Stier, 7 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 23. Gesamtauftrieb: 21 Ochsen, 16 Stiere, 31 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 70. Verkauft wurden: 4 Stiere, 4 Kühe, Summe 8. Unverkauft blieben: 21 Ochsen, 12 Stiere, 27 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 62.

Bei schwacher Nachfrage wurden Käufe in allen Qualitäten zu schwach behaupteten Hauptmarktpreisen getätigt.

Schweinemarkt vom 28. Dezember, Nachmarkt
=====

28. Dezember (Rath.Korr.) Neuzufuhren 442 inländische Fleischschweine, verkauft 442. Außermarktbezüge 678. Preise I.Qualität 11.90 bis 12.30 (12.30) S, II.Qualität 11.20 bis 11.80 (11.20) S, III.Qualität 10.- bis 11.- (10.-) S.

Bei sehr lebhafter Nachfrage wurden Schweine aller Qualitäten zu den dieswöchigen Hauptmarktpreisen gehandelt.

Kälbermarkt vom 28. Dezember
=====

28. Dezember (Rath.Korr.) Auftrieb: 1 Kalb, verkauft 1 Kalb. I.Qualität zum Preis von S 9.-.

Die Trauerfeier für den Chefarzt des Rettungsdienstes
=====

28. Dezember (Rath.Korr.) Die Trauerfeier für Dr. Fritz Rethi, Chefarzt des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes der Stadt Wien, findet morgen Freitag, den 29. Dezember, um 14.30 Uhr auf dem Döblinger Friedhof statt.